





Machern des Volksbegehrens mit einem Mißerfolg mindestens des Volksentscheids bestimmt rechnet, muß die ganze Aktion naturgemäß einen anderen Zweck haben. Und Hugoenberg selbst hat je soeben erklärt, daß dies erst der erste Teil seiner Offensive sei. Man will also mit dem Volksbegehren die antirepublikanischen Kräfte sammeln, um sie dann zum Sturm auf die Republik zu führen. Der Sturz der Republik ist das tatsächliche Ziel. Und somit wendet sich das Volksbegehren tatsächlich, entgegen der deutschnationalen Darstellung, gegen den Bestand der Republik. Jeder Beamte, der sich für das Volksbegehren einzeichnet, tritt also — wenn auch nur mittelbar — aktiv für die Beseitigung der republikanischen Staatsform ein und verstoßt somit gegen seinen Eid und die ihm gesetzlich obliegenden Pflichten.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß beim Volksbegehren letzten Endes das mit legalen Mitteln erreicht werden soll, was beim Kapp-Putsch mit illegalen Mitteln nicht zu erreichen war. Wer von den Beamten glaubt, das mitmachen zu können, muß sich über die Folgen seiner Handlungsweise klar sein. Es dürfte als ausgeschlossen gelten, daß die Republik eine derartige Stellungnahme ruhig hinnehmen wird. Dies kann man weder ihr, noch der republikanischen Bevölkerung zumuten. Nachdem die Spitzenorganisationen der breiten Massen der Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen ihre Warnungen ausgesprochen haben, muß es jedem Beamten überlassen bleiben, nunmehr selbst über seine Haltung zu entscheiden. Wie man weiß, ist die Debatte über das Für und Wider des Berufsbeamtentums noch längst nicht beendet. Zeigt es sich, daß bei dem Volksbegehren eine größere Zahl von Beamten den Deutschnationalen und ihrem völkischen Anhang ins Garn gegangen ist, so dürfte dies zur Stärkung der Sympathien für die Berufsbeamten wahrlich nicht beitragen. Denn das Volk weiß, daß die Listen zum Volksbegehren nur die Namen derjenigen enthalten werden, die sich offen als die Feinde der Republik bekennen.

## Antwort an den Stahlhelm.

Der preussische Innenminister weiß ihn ob.

Auf den Einspruch des Stahlhelms gegen die Auflösung der Saue Industriegebiet und Rheinland hat der preussische Minister des Innern geantwortet, daß ein Einspruch nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht berechtigt sei. Eine Nachprüfung durch irgendeine andere Instanz komme nicht in Frage.

Auch der Reichsausschuß für das Volksbegehren hatte sich beschwerdeführend an den Minister des Innern gewandt, daß die Vorbereitung zum Volksbegehren durch die Auslöschung gegen den Stahlhelm außerordentlich gestört worden sei, vor allem in Dortmund. Der preussische Minister des Innern hat darauf geantwortet, eine Störung der Vorbereitung zum Volksbegehren sei weder angeordnet noch beabsichtigt gewesen. Die polizeilichen Organe in Dortmund seien ausdrücklich angewiesen worden, Material für das Volksbegehren in keinem Falle zu beschlagnahmen. Wo eine Bureaugemeinschaft zwischen dem Stahlhelm und der Organisation des Volksbegehrens bestanden habe, sei allerdings diese Auseinandersetzung nicht durchführbar gewesen.

In den Beschwerden sei weiter gesagt worden, die Polizei habe dem Major a. D. Heider einen schriftlichen Befehl vorgelegt, durch den ausdrücklich die Beschlagnahme des Materials für das Volksbegehren angeordnet worden sei. Vom preussischen Innenministerium wird hierzu erklärt, ein schriftlicher Befehl könne nicht in Frage kommen, da die Beamten alle nur mündlich instruiert worden seien.

Zu der Feststellung, daß Major a. D. Heider kein Mitglied des Stahlhelms sei, wird erklärt, daß Heider Sportreferent des Stahlhelms für den Landesverband Industriegebiet und bei den inkriminierten Veranstaltungen des Stahlhelms führend beteiligt gewesen sei.

## Abziehende Franzosen.

Aus Koblenz und Bad Ems.

Koblenz, 15. Oktober.

Das 151. französische Infanterieregiment, das in den Kasernen auf der Karkasse lag, hat heute abend die Stadt Koblenz verlassen. Gegen 7 Uhr rückte eine Maschinengewehrbesatzung mit sechs Maschinengewehren nach dem Rangierbahnhof in Löhel ab und gegen 8 Uhr folgten die zwei Infanteriebataillone des Regiments. Das Regiment wurde auf dem rheinischen Güterbahnhof in Koblenz-Löhel verladen und nach der neuen Garnison in Meh transportiert.

Bad Ems, 15. Oktober.

Das hier liegende französische Infanteriebataillon verließ heute abend die Stadt und wurde gegen Mitternacht in die neue Garnison nach Weisenburg abtransportiert.

## Vaterländische Tonart.

Der Erbfeind von Breitscheid bis Stresemann.

Aus der Rede, die der Reichsführer der sogenannten „Bismarck-Jugend“, Sieveking, in Bremen gehalten hat: „Der Stahlhelmführer Selbst hat leider recht, wenn er vor einigen Tagen sagte, daß der Erbfeind innerhalb der deutschen Grenzen wohne. Es sind dies die Kreise von Breitscheid bis Stresemann, die kein Vaterland kennen, das Deutschland heißt.“

## Ungewollte Ironie.

Wir lesen auf der ersten Seite der „Kreuz-Zeitung“ in Fettdruck:

„Adelsbezeichnungen ausschreiben! Bei der Eintragung in die Listen zum Deutschen Volksbegehren müssen alle Adelsbezeichnungen des Namens voll ausgeschreiben werden, da die Gefahr besteht, daß nicht voll ausgeschriebene Namen als ungültig angesehen werden.“

Volksbegehren — Adelsbezeichnungen ausschreiben! Hoffentlich bleibt dies oblige Begehren eine sehr erfrischende Angelegenheit.

## Besserung im Befinden Leiparts.

Zustand hoffnungsvoller.

Zu Befinden Theodor Leiparts ist, wie von dem Leiter der chirurgischen Abteilung des Hildegard-Krankenhauses, Professor Pribran mitgeteilt wurde, erfreulicherweise eine wesentliche Besserung zu verzeichnen. Sein Zustand ist neuerdings hoffnungsvoller, obwohl er noch immer als ernst bezeichnet werden muß.

# Niemand zeichne sich ein!

Volksbegehren und gesunder Menschenverstand. — Otto Braun mahnt.

Der preussische Ministerpräsident Otto Braun hat am Dienstag, dem 15. Oktober, abends 7 Uhr, den folgenden Vortrag über die Berliner Funkstunde auf allen deutschen Sendern gehalten:

Wenn ich als Chef des preussischen Staatsregimentes, also als jemand, der vor der Volksovertretung und vor dem gesamten Volke die Verantwortung für das politische Schicksal des größten und volkreichsten deutschen Landes trägt, heute hier zu Ihnen spreche, so will ich nicht etwa all die wirtschaftlichen und finanziellen Einzelfragen des Dawes- und Young-Planes in ermüdender Zahlenreihe an Ihrem Ohr vorüberziehen lassen. Ich will vielmehr mit meiner kurzen Ansprache an Ihren gesunden und klaren Menschenverstand, an Ihr Verantwortungsbewußtsein als Staatsbürger und Staatsbürgerinnen appellieren. Ich will Ihnen zeigen, daß das, was die Urheber des Volksbegehrens mit Ihnen vorhaben, unvereinbar mit dem gesunden Menschenverstand ist, und daß Sie sich hüten würden, wenn Sie sich den ganzen Sachverhalt einmal auf Ihr Privatleben übertragen denken, als Privatleute etwas derart Unsinntiges und Schändliches zu tun und Ihren Namen für eine solche zwecklose Demonstration herzugeben.

Dazu möchte ich vorweg erklären: Wenn wirklich, wie die Urheber des Volksbegehrens Sie glauben machen möchten — obwohl sie selbst nicht daran glauben —, daß ein einseitig in Deutschland vorgenommenes Volksbegehren und im Anschluß daran ein mit der erforderlichen Stimmzahl angenommener Volksentscheid uns von den Kriegslasten entbinden und die Kriegsschuldfrage noch dazu gänzlich aus der Welt schaffen könnte, so wäre ich allerdings der erste, der mit Freuden dafür einträte und sich in die Listen einzeichnete. So einfach ist das tiefste Problem nicht zu lösen;

wer eine so leichte Lösung dem Volke vorgaukelt, verflüchtigt sich auf das schwerste an ihm.

Die Dinge liegen, mit nüchternen Augen gesehen, einfach so: Wenn wir heute durch ein Volksbegehren einseitig in Deutschland feststellen wollten, daß wir am Ausbruch des Krieges nicht schuldig sind und infolgedessen auch nicht nötig haben, die Kriegskosten der anderen zu zahlen, so ist das eine leere Demonstration, die von niemandem auf der Welt ernst genommen würde, und die nur Gesichter auslöst. Die anderen Staaten, die sich auf den Versailler Vertrag als auf das jetzt geltende Völkerrecht berufen, werden sich jedenfalls nicht im mindesten darum kümmern.

Nehmen Sie einmal an, meine Damen und Herren, Sie hätten einen Prozeß verloren und mühen zahlen. Sie erlassen aber zu Hause, nach Verkündung des inzwischen rechtskräftig gewordenen Urteils, eine Erklärung, unterzeichnet von Ihnen und Ihrer Familie, daß Sie im Rechte seien, und daß Sie infolgedessen nicht zu zahlen gedächten. Glauben Sie im Ernst, daß Ihre Prozeßgegner und das Gericht sich um solche einseitige Erklärung auch nur einen Augenblick kümmern würden? Im Gegenteil, der Gerichtsvollzieher würde erscheinen. Sie trotz allem pfänden und vielleicht sogar aus Ihrem Heim herausstreifen.

Genau so liegen die Dinge hier. Gegen die Kriegsschuldfrage hat die deutsche Reichsregierung, ohne die Urheber des Volksbegehrens abzumarten, schon mehrmals im Verlaufe der Zeit nach dem Kriegsschluß vor der gesamten europäischen Öffentlichkeit protestiert. Die Welt weiß, wie die deutsche Regierung und das deutsche Volk darüber denken, und wir sagen ihr nichts Neues.

Erreichen wir somit mit unserem Protest gegen die Kriegsschuldfrage auch bei dieser Wiederholung nicht das Mindeste, so bringt auf der anderen Seite das Volksbegehren, das uns nichts zu nützen vermag, die aller schwersten Gefahren für Deutschland für den Fall seiner Annahme. In unerhört zähem, heroischen Ringen hat der viel zu früh verstorbene Außenminister Dr. Stresemann in Fortsetzung und Krönung der von Ebert und Rathenau eingeleiteten und unterstützten Außenpolitik es im Haag erreicht, daß auch die dritte Zone des Rheinlandes, die nach dem Friedensvertrag erst 1935 frei werden sollte, schon jetzt bis zum 30. Juni 1930 geräumt wird.

Die Durchführung der Räumung der Rheinlande ist nun aber an die Bedingung geknüpft, daß der Young-Plan vom Deutschen Reichstag angenommen und vom Herrn Reichspräsidenten, wie üblich, als Gesetz verkündet werde. Das Volksbegehren aber will den Young-Plan verwerfen.

Wer für das Volksbegehren eintritt, will somit verhindern, daß die Rheinlande geräumt werden und daß die rund 50 000 englischen und französischen Soldaten fast 5 Jahre früher, als im Versailler Vertrag vorgesehen, aus der dritten Zone abziehen.

50 000 Mann, die sonst mit klingendem Spiel abziehen würden, sollen fünf Jahre länger auf deutschem Boden bleiben, auf unsere Kosten essen, trinken, exerzieren und manövrieren, und in der Zeit der aller schwersten Wohnungsnot zehntausenden rheinischer deutscher

Familien die Wohnungen wegnehmen! Alle Mühe und Arbeit Stresemanns bis in die letzten Minuten seines kampfreichen Lebens wäre umsonst gewesen, alle Hoffnungen und alle Wünsche des schwer leidenden Rheinlandes, das nach der Haager Konferenz beklüftet aufatmete, wären jäh zum Scheitern gebracht.

Man muß sich an den Kopf fassen, ob man nicht träumt, wenn man diese Konsequenzen überblickt, die die Urheber des Volksbegehrens über uns heraufbeschwören wollen! Und doch ist die bittere Wahrheit die, daß nicht ein fremder Soldat abziehen wird, wenn nicht der Young-Plan angenommen wird.

Kommen wir so aus Vernunftgründen auf alle Fälle zur Verwerfung, zur Ablehnung des Volksbegehrens, so muß auch unser sittliches Empfinden, ja das einfachste Anstandsgefühl sich gegen den § 4 des Volksbegehrens empören, der die Minister und anderen politischen Beauftragten des deutschen Volkes, die den Young-Plan und ähnliche Verträge unterzeichnen werden, mit Zuchthaus bedroht.

Das ist also die nachträgliche Ehrung des großen deutschen Staatsmannes Stresemann, daß man ihn im Grabe noch als Landesverräter insamieren und des Zuchthaus würdig erklären will, weil er das deutsche Rheinland befreit, die Kriegslasten vermindert und das Ansehen Deutschlands in der ganzen Welt, nicht zuletzt vor unseren ehemaligen Feinden, gewaltig gehoben hat!

Sie wissen, meine Damen und Herren, daß die Urheber des Volksbegehrens zuerst auch die verehrungswürdige Gestalt unseres greisen Reichspräsidenten von Hindenburg in diesen Zuchthausparagrafen einschließen wollten. Sie haben den Reichspräsidenten dann später formell aus dem Paragraphen herausgestrichen, staatsrechtlich aber bleibt die Situation so: Reichskanzler und Reichsminister können einen Vertrag mit dem Auslande nicht ohne die Einwilligung des Reichspräsidenten abschließen. Und vor allem, der Vertrag kann nicht Rechtsgesetz werden, wenn er vom Reichspräsidenten nicht gegengezeichnet und im Reichsgesetzblatt verkündet worden ist.

Glaubt irgend jemand, daß ein rituellicher Mann, wie Hindenburg, zuerst in Vertretung der Lebensinteressen des deutschen Volkes einen Vertrag zeichnen würde, weil er ihn für notwendig hält, da er aber keine Mitarbeiter, den Reichskanzler, den Reichsaussenminister und die übrigen Unterhändler ins Zuchthaus wandern läßt, sich selbst aber hinter dem Schutze des Kanzlers, den ihm die Urheber des Volksbegehrens gnädigst gewähren wollen? Das ist — da, wie gesagt, ohne den Reichspräsidenten ein solcher Vertrag gar nicht angenommen werden kann — der Sachverhalt, der in seiner ganzen Schimpflichkeit oder wenn man will grotesken Lächerlichkeit auch den Lehren der Männer und Frauen die Augen öffnen sollte, die heute etwa noch mit dem Volksbegehren sympathisieren sollten!

Wer deshalb schon jetzt das Volksbegehren zerschlägt, indem er es ablehnt, sich in die Listen einzuschreiben, handelt wahrhaft im Interesse des deutschen Volkes.

Daß mit der großen Mehrheit der Bevölkerung auch die Staatsbeamten so handeln werden, erwarte ich mit Bestimmtheit. Ich würde es für unverständlich halten, wenn Beamte sich für das Volksbegehren mit der schimpflichen Forderung der Zuchthausstrafe für Minister und andere Beamte, die im wohlverstandenen Interesse Deutschlands handeln, einsehen würden. Der Beamte hat gewiß im Volksstaat, anders als früher, das Recht der Meinungsfreiheit und macht davon mitgehend Gebrauch, aber er hat auch gewisse Pflichten, mehr noch als jeder andere Bürger, dem Staate gegenüber.

Hier, wo es um die Lebensinteressen des Volkes und des Staates geht, wo die Autorität der Regierung und ihrer leitenden Staatsmänner in Frage steht, würde er gegen seine Beamtenpflicht verstoßen, wenn er das Volksbegehren unterstützen wollte.

Die Annahme des Volksbegehrens würde das mühsam gewonnene Vertrauen unserer Vertragsgegner in offenes Mißtrauen und schärfste Feindseligkeit wandeln, die schon abzugsbereiten 50 000 Mann fremder Truppen wieder umschwenken lassen und von neuem sich mit aller Wucht und Last auf das in allen seinen Erwartungen geäußerte Rheinland werfen lassen.

Nur wer den Mut hat, dieses Verbrechen am deutschen Volke um nichts und wieder nichts zu verantworten, der wird sich in die Listen des Volksbegehrens eintragen. Wer dagegen seinen gesunden Menschenverstand beisammen hat, der höre auf die Parole der Reichs- und der preussischen Staatsregierung. Sie lautet und kann nur lauten: Gegen das unsinnige, völkfeindliche und verderbliche Volksbegehren! Niemand zeichne sich in die Listen ein!

## Partei „Wehrwolf“.

Sie wollen Mandate haben.

Halle, 15. Oktober.

Die Bundesführung der „Wehrwolf“ hat den Antrag der mitteldeutschen Gauführung, bei den kommenden Provinzial-Landtagswahlen mit einer eigenen Liste „Wehrwolf“ vorgehen zu dürfen, genehmigt. Der Wehrwolf begründet diesen Schritt damit, daß die Parteien, denen dieser Bund bisher Wahlhilfe leistete, nicht genügend das Wollen der Frontsoldaten-Generation und der heranwachsenden Jugend berücksichtigen.

## Verfassungsreform verschoben.

Regierungsparteien noch nicht einig.

Wien, 15. Oktober. (Eigenbericht.)

Am Donnerstag sollte dem Nationalrat die Vorlage über die Verfassungsreform zugestellt werden. Voraussetzungsweise wird diese Absicht nicht durchgeführt werden können, da Bundeskanzler Schöber mit den Regierungsparteien noch eine Verständigung über den Inhalt der Vorlage noch nicht erzielt hat.

Der Entwurf läuft darauf hinaus, die Rechte der sozialdemokratisch verwalteten Stadt Wien wesentlich einzuschränken. Außerdem ist nach den Meldungen christlich-

sozialer Blätter eine Einschränkung des Wahlrechts durch Erhöhung des Wahlalters von 20 auf 21 Jahre geplant und durch das österreichische Erfordernis eines einjährigen Aufenthalts in der Gemeinde erfolgen.

## Bürgermeister Schneider ausgeschlossen.

Beschluß des sozialdemokratischen Bezirksvorstandes.

Der Bezirksvorstand hat in der Sitzung vom 15. Oktober den Bürgermeister Schneider Berlin-Mitte nach beendeter Prüfung neu beigetragener Materialien aus der Partei ausgeschlossen und fordert ihn auf, sein Amt als Bürgermeister niederzulegen.

## Bruhn und Wolf.

Aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion „Beurlaubt“.

Die deutschnationalen Reichstagsfraktion teilt mit, daß die Reichstagsabgeordneten Bruhn und Wolf aus der Fraktionsgemeinschaft beurlaubt worden seien. Sie hat folgenden Beschluß gegen Bruhn gefaßt: „Die deutschnationalen Reichstagsfraktion mißbilligt die Beziehungen des Abgeordneten Bruhn zu den Brüdern Sklarek um so entschiedener, als sie seiner politischen Vergangenheit und seiner in Wort und Schrift betätigten öffentlichen Einstellung widersprechen.“

Auch Wolf ist eine Mißbilligung ausgesprochen worden.



# Aufrufe gegen das Inflationsbegehren.

Zentrum und Bayerische Volkspartei.

Der Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, Dr. Ludwig Kaas, und der erste Vorsitzende der Landesvorsitzenschaft der Bayerischen Volkspartei, Frh Schaffer, veröffentlichten folgende gemeinsame Erklärung:

Die Deutsche Zentrumspartei und die Bayerische Volkspartei erklären in dem am 28. September eingebrachten Volksbegehren gegen den Young-Plan keinen geeigneten Weg, das deutsche Volk von dem Unrecht der Kriegsschuldfrage und von den Reizen des Versailles-Diktats zu befreien.

Sie sehen in dem Volksbegehren, vor allem in seiner verheerend formulierten, einen verhängnisvollen Schritt zur weiteren Zerrüttung des deutschen Volkes im Innern und eine pervertierte Ausnutzung des deutschen Freiheitswillens für die Zwecke einseitiger Parteitagitation.

Der in dem Volksbegehren gewählte Weg ist nach der gemeinsamen Überzeugung beider Parteien nur geeignet, die in hartem und mühseligem Ringen erträmpften Anlässe zu einem Ausflieg Deutschlands zu hemmen und eine rückläufige Entwicklung hervorzurufen, für deren Gefahren kein besonnener Staatsmann die Verantwortung übernehmen kann.

Beide Parteien lehnen daher jede Unterstützung des Volksbegehrens mit Entschiedenheit ab und fordern ihre Anhänger auf, ihm mit allen Kräften entgegenzuwirken.

Zu gleicher Zeit erklären sie dem deutschen Volke und dem Ausland, daß sie noch wie vor entschlossen sind, den geistigen und politischen Kampf gegen die Kriegsschuldfrage und für den friedlichen Ausflieg Deutschlands zu nationaler Freiheit und internationaler Gleichberechtigung unentwegt weiterzuführen.

## Eine scharfe bayerische Abgabe.

München, 15. Oktober. (Eigenbericht.)

In einem überaus scharf gehaltenen Aufruf wendet sich nunmehr auch die Bayerische Volkspartei offiziell gegen die verbrecherische Hitler-Hugenberg-Front. In dem Aufruf, der von den drei Landesvorsitzenden der Partei unterzeichnet ist, heißt es:

„Die Bayerische Volkspartei lehnt das von den radikalen Katastrophopolitikern eingereichte Volksbegehren als eine Verhöhnung am deutschen Volke ab. Sie richtet an alle Männer und Frauen, die es gut mit ihrem deutschen Vaterlande meinen, die ernste Aufforderung, sich jeglicher Mitwirkung bei diesem Volksbegehren zu enthalten und sich unter keinen Umständen in die Listen einzutragen. Der böse Geist der Demagogie und der Volksperversion, der die Werbungen für dieses Volksbegehren erfüllt, geht aus dem ganz unumgänglichen Redaktionsparagrafen (§ 4) des sogenannten Freiheitsgesetzes hervor. In diesem Zuschussparagrafen wird es ganz offenbar, daß nicht die Besserung unserer außenpolitischen Lage, sondern nur innenpolitische, rein parteiliche machtpolitische Ziele der eigentliche Beweggrund des Volksbegehrens sind. Zu solch freiem Spiel kann sich kein denkender Deutscher in dem Augenblick hergeben, wo sich Frankreich anschicken muß, die in Versailles neu eingeleitete alte Rheinlandpolitik als vollkommen aussichtslos preiszugeben.“

## Die Sklavenerpfortflüge.

Erregung in der Bayerischen Volkspartei.

Wie die „Mugsburger Postzeitung“, das Hauptorgan der Bayerischen Volkspartei, beklagt, ist der Erfinder der Vorgänge, daß nach dem Young-Plan deutsche junge Leute zur Sklaverei exportiert werden sollten, der staatslich angestellte Handelschulrektor Frh Reinhardt, der eine nationalsozialistische „Wirtschaftszeitung“ herausgibt. Die „Mugsburger Postzeitung“ bemerkt hierzu:

„Solange nicht der Reichsausschuß für das Volksbegehren von dieser blödesten aller Fälschungen abrukt, können wir seine Mitglieder nicht mehr als politisch reine Gegner ansehen und behandeln. Die Reichsregierung hat angekündigt, daß sie gegen die Unwahrhaftigkeit des Hugenbergischen Volksbegehrens einschreiten werde. Wir glauben, daß sie allen Anlaß hätte, sofort und zuerst gegen diesen Fälscher Reinhardt einzuschreiten, der noch dazu als Handelschulrektor unsere Jugend im Hauptberuf zu erziehen die Aufgabe hat. Wir sind nicht für Gewaltmaßnahmen, aber unser Verlangen ist sicher nicht zu scharf, daß ein solcher Fälscher nicht mehr im Staatsdienste gelassen werden kann.“

Er mag sich von Hugenberg aushalten lassen oder von dem Gewinn seiner Broschüre zu leben versuchen. Weiter verlangen wir, daß die Reichsregierung ebenso wie die Länderregierungen das gemeingefährliche Treiben nicht nur der Nationalsozialisten, sondern des gesamten Hugenbergischen Reichsausschusses, solange er sich dieser Lügen bei seiner Agitation bedient, verbietet.“

Die Erregung in der Bayerischen Volkspartei ist verständlich, ihre Forderung schärfsten Einschreitens gegen die gewissenlosen Fälscher und Verleumder zu begrüßen. Indessen hat Herr Held, Bayerns Ministerpräsident und prominentestes Mitglied der Bayerischen Volkspartei, es abgelehnt, den Aufruf der Reichsregierung zu unterzeichnen.

## Rundgebung des Epistopats.

Der Rundgebung des Fürstbischöfs Kardinal Wetrom-Breslau gegen das Volksbegehren hat sich ihm die gesamte Epistopat angeschlossen. Damit haben sich sämtliche deutschen Bischöfe gegen das Volksbegehren erklärt.

## Müchmeyer freigesprochen.

Die Justizkandale wachsen.

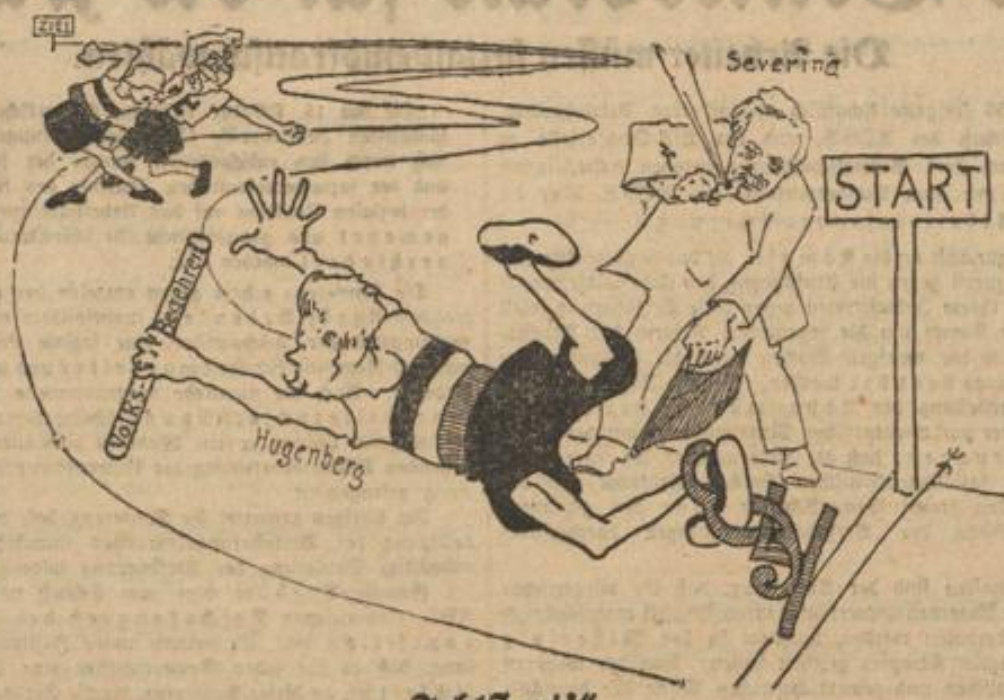
Hensburg, 15. Oktober.

Im Prozeß Müchmeyer wurde heute abend das Urteil verkündet. Der Angeklagte wurde freigesprochen, die Kosten fallen der Staatskasse zur Last. Müchmeyer sollte sich gegen das Republikanengesetz dadurch vergangen haben, daß er im Oktober u. S. in Verfammlungen zu Heide und Hensburg die republikanische Staatsform beschimpfte.

Der Staatsanwalt hatte drei Monate Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe beantragt.

Das Lemberger Landesgericht perurteilte die drei Berliner Studenten Kuhnt, Hahn und Franze wegen Spionage zu je 3 Monaten Gefängnis. Die Strafe ist durch die Untersuchungshaft verbüßt.

# Das Volksbegehren geht über die Bahn.



„Sehlfart!“

# Zusammentritt des Landtags.

Das Gesetz über die Staatsbank.

Der Preussische Landtag trat am Dienstag, dem 15. Oktob., zu seiner ersten Sitzung nach den Sommerferien zusammen.

Präsident Bartels eröffnete die Sitzung mit einem Aufruf an den verstorbenen Reichsaussenminister Stresemann, den das Haus stehend anhörte. Er machte sodann dem Landtag Mitteilung von der Mandatsniederlegung des Abg. Dr. Brüning (Z.), an dessen Stelle der Abg. Hillebrandt (Z.) eingetreten sei, der aus dem Saargebiet komme. Er begrüßte den Eintritt eines Vertreters des Saargebiets besonders und hoffe, daß nach allfälligen Verhandlungen über die Befreiung des Saargebiets weitere Vertreter nachfolgen werden.

Zur Geschäftsordnung beantragt hierauf Abg. Bork (Dnat.) einen Antrag seiner Fraktion und der Wirtschaftspartei auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses von 21 Mitgliedern, der die politische Seite des Starek-Falles in Berlin prüfen soll. Da dem Antrag widersprochen wird, kann über ihn nicht verhandelt werden.

Das Haus tritt hierauf in die Tagesordnung ein und überweist zunächst die Denkschrift der Oberrechnungskammer für die Jahre 1924—1926 dem Ausschuß zur Prüfung für die Haushaltsrechnungen.

Die Geschäftsberichte der Preussischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft und der Duisburg-Ruhrorter Hüfen-Aktiengesellschaft werden ohne Debatte dem Hauptausschuß und die Mitteilungen des Wohlfahrtsministers über die Feuerficherheit in Warenhäusern dem Ausschuß für Handel und Gewerbe überlesen.

Es folgt der Bericht des Unterrichtsausschusses auf Annahme des Hauptausschussesantrages, an den pädagogischen Akademien die Dozentinnenstellen entsprechend der Zahl der Studentinnen zu belegen und weitergehende kommunistische Anträge abzulehnen. Nach kurzer Aussprache beschließt das Haus dementsprechend.

Zu den Anträgen des Unterrichts-ausschusses, den Hauptausschussesantrag abzulehnen, der fordert, daß die Mädchenbildung vorwiegend von weiblichen Lehrkräften durchzuführen ist und der auch Ablehnung eines deutschnationalen Antrags empfiehlt, der die Aufhebung des Ministerialerlasses über die politische Betätigung der Lehrer fordert, fand eine kurze Debatte statt.

Die Abstimmung ergibt unter Ablehnung des Ausschussesantrags die Annahme des Antrags auf Verstärkung des weiblichen Einflusses in den Volksschulen. Entsprechend dem Ausschussesantrage wird der Antrag auf Aufhebung des Ministerialerlasses über die politische Betätigung der Lehrer abgelehnt.

Hierauf stimmt das Haus ohne Debatte den Anträgen des Rechtsausschusses zu, die Prüfung der Wählrechte verlangen, wie etwaigen Mißbräuchen bei der Handhabung vertriebslicher Verkaufspraxis gegenüber notwendigen Sitzungen begünstigt werden kann. Ueber das Ergebnis soll bis Ende März nächsten Jahres berichtet werden. Ebenfalls soll geprüft werden, wie die Einrichtung von Gütestellen für Unbemittelte in den Abendstunden gefördert werden kann.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzesentwurfs über die Umstellung der Preussischen Staatsbank (Sechsendung).

Der Entwurf will die Beamten der Staatsbank durch Anstellung triegen und moderne kaufmännische Gewandläge einführen. Finanzminister Dr. Höpfer-Wischoff begründet die Vorlage und bezeichnet die Umstellung der Staatsbank als Folge der Umgestaltung der Preußentasse.

Abg. Dr. Hamburger (Soz.):

Wie vermögen vorläufig den Grund nicht einzusehen, weshalb eine Umstellung der Staatsbank erfolgen muß, jedenfalls nicht in der Form des vorliegenden Gesetzesentwurfs. Die Staatsbank soll in dem Etat künstlich nicht mehr gebildet, sondern nur auf der Einnahmeseite in der allgemeinen Finanzverwaltung erscheinen. Damit ist dem Hause die Möglichkeit genommen, sein Kontrollrecht eingehend auszuüben. Bei den Bestimmungen über die Vorlage des Geschäftsberichts ist verkannt anzugeben, ob er zur Kenntnis oder zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll. Die fehlende Klarheit scheint kein Zufall zu sein, sondern darauf zu beruhen, daß die Rechte des Landtags eingeschränkt werden sollen. Der Oberrechnungskammer ein mittelbares Kontrollrecht zu geben, womöglich die Befugnis, das Anweisungsrecht des Finanzministers gegenüber der Staatsbank nachsprühen, hat schwere Bedenken und widerspricht den bisherigen Zuständigkeitsregeln. Wir wenden uns dagegen.

Der Finanzminister wird nicht damit rechnen können, daß der Entwurf in dieser Form Gesetz werden wird. (Beifall bei den Soz.) Abg. Dr. von Arles (Dnat.) schließt sich den Bedenken des Vorredners an.

Abg. Schulz-Neußlin (Komm.) macht die Staatsbank für die Finanzkandale der letzten Jahre verantwortlich und ist der Meinung, daß der verantwortliche Finanzminister Dr. Höpfer-Wischoff längst hätte dazugezogen werden müssen. Die Sozialdemokraten sollten Kuttner und Helmman hinauswerfen. (Widerpräsident Dr. Biemer rügt diese Bemerkung.) Das Gesetz sei verfassung-

ändernd. Der Landtag schloß aber jeden Verfassungsbruch. (Ordnungsruf des Präsidenten.)

Abg. von Egnern (D. Sp.) äußert ebenfalls schwere Bedenken gegen die Vorlage.

Abg. Dr. Jellin (Dem.) begrüßt die Umstellung der Staatsbank in ein kaufmännisches Institut. Im Ausschuß werde man sich weiter darüber unterhalten müssen.

Abg. Dr. Schmidt-Hoepfle (Wirtschsp.) wendet sich gegen den Abbau des Berufsbeamtenstandes und bezeichnet die beschlossene Reorganisation als ein Zwitwerggebilde.

Der Entwurf wird dem Hauptausschuß überwiesen. In persönlicher Bemerkung antwortet Abg. Kuttner (Soz.) dem Abg. Schulz-Neußlin mit dem Bierzeller:

Anton, steck den Degener ein: Daß mit dem Gabel das Picken sei Und lehre sorgsam für und für Ohne Rote Hilfe vor der eigenen Tür.“

(Stürmische Heiterkeit.)

Nach Erledigung kleinerer Vorlagen vertagt sich das Haus auf Mittwoch, den 16. Oktober, mittags 12 Uhr Tagesordnung: Beratung des deutschnationalen Mißtrauensantrags gegen das gesamte Staatsministerium wegen der Auflösung des Stahlhelms in Rheinland-Westfalen

## Deutschnationaler Mißtrauensantrag gegen das Preußentabinet.

Die deutschnationale Landtagsfraktion hat einen Mißtrauensantrag gegen das preussische Staatsministerium wegen des Verbots des Stahlhelms eingebracht.

## Der Kampf um den Gerstenzoll.

Bäuerliche Schweinemäster gegen Gerstenzollerhöhung.

Die Pläne auf Erhöhung des Zolles auf Futtergerste zur Erreichung besserer Roggenpreise stoßen bei den bäuerlichen Mästern Schleswig-Holsteins, Oldenburgs, Hannovers und Westfalens auf heftigen Widerstand. In Oldenburg haben sich Vertreter der Deutschen Bauernschaft, der Christlichen Bauernvereine und der Landvolkbewegung zusammengeschlossen, um die landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen und die Behörden auf die Gefahren hinzuweisen, die den bäuerlichen Schweinemästern Nordwestdeutschlands von der Erhöhung des Einfuhrzolles auf Futtergerste drohen. Es wird darauf hingewiesen, daß ein etwaiger Zwang, Roggen und Kartoffelrüben an Stelle von Gerste zu verfüttern, wie er durch die Zollerhöhung ausgeübt werden soll, die Wirtschaftlichkeit der bäuerlichen Schweinehaltung in Nordwestdeutschland völlig in Frage stellen könne.

Die Verfütterung solcher Roggenmengen, die einen maßgeblichen Einfluß auf die Roggenpreisgestaltung ausüben könnten, käme für die Mastgebiete überhaupt nicht in Frage, selbst bei einer Umstellung der Mast. Die Vertreter der oldenburgischen Bauernorganisationen haben ihren ablehnenden Standpunkt zur Gerstenzollfrage gegenüber dem Reichsernährungsministerium scharf zum Ausdruck gebracht.

## Die Weißgardisten in China.

Eindbruch im Tientsiner Sowjetkonsulat.

Einer Mitteilung aus Moskau zufolge meldet die „Tas“, Weißgardisten hätten einen Eindbruch in das leere sowjetische Generalkonsulat in Tientsin verübt und dabei wertvolle Urkunden gestohlen. Der bewische Generalkonsul habe sich sofort auf das Konsulat begeben, um über die Tat ein Protokoll abzufassen. Die chinesische Polizei habe die Weißgardisten verhaftet.

## Segenregierung.

Der „christliche“ Marschall Feng ju-tiang, der eine Zeitlang in guter Freundschaft mit Moskau stand, hat in Peking eine Segenregierung gegen Nan-ting aufgetan und soll vor der Befehung hankaus stehen. Bis jetzt hat die Nan-tingregierung die gegnerisch auftretenden Generale meist „herübergelassen“, sie soll dazu finanziell auch weiter imstande sein.

Nach einer späteren Meldung ist der „christliche“ Marschall, von den Truppen des Mandchuren-Beherrschers Jenschan in Schong eingeschlossen, als dessen „Gast“ verhaftet!

Ungarischer Kulturfortschritt. Dem Parlament wurde eine Reform des Militärstrafgesetzes vorgelegt, wonach im Kriege neben Freiheitsstrafen auch die Prügelstrafe verhängt werden kann. Die Opposition protestierte gegen den Entwurf.







Wohnungsbau der Stadt Berlin.

Magistratsantwort auf Kommunistenanfrage.

Die Stadtverordnetenversammlung mußte gestern wieder einen beträchtlichen Teil ihrer Zeit auf eine Debatte über die Amerikareise des Oberbürgermeisters verwenden. Unter den in der vorigen Sitzung erörterten Klarets-Anträgen, über die gestern abgestimmt wurde, war der sozialdemokratische Antrag auf Bekanntgabe der Namen städtischer Beamten und Ehrenbeamten, die zu Klarets Kundenkreis gehört haben. Der Antrag wurde angenommen. Nachher paradierten die Kommunisten mit einer Anfrage wegen der Wohnungsbauten der Stadt. Stadtrat Genosse Czerninski konnte ihnen eine Antwort geben, die ihnen das Konzept merklich verdarb. Der zu Agitationszwecken immer wieder hinausposaunte Schwinder, daß in Berlin überhaupt nicht gebaut werde, zerfiel bei den Darlegungen Czerninskis. In diesem Jahre waren bis Ende September weit über 42 000 Wohnungen im Bau, und bis Ende Dezember sind etwa 30 000 Wohnungen bezugsfertig zu erwarten. Es ist nicht die Schuld der Stadtverwaltung, daß die ungeheure Gesamtzahl der fehlenden Wohnungen nicht mit der Schnelligkeit erstellt werden kann, die im Hinblick auf die herrschende Wohnungsnot zu wünschen wäre. Ohne ausreichendes Geld ist kein ausreichender Wohnungsbau möglich. Die Kommunisten wissen das so gut wie jeder andere, aber das paßt natürlich nicht in ihre demagogische Agitation hinein.

In der Begründung einer deutschnationalen Anfrage wegen der Amerikareise der Magistratsmitglieder

bejeweilte Stadtverordneter Bundtner, Ministerialrat a. D. und Rechtsanwalt am Kammergericht, daß Oberbürgermeister Böß wegen einer Anleihe nach Amerika gefahren sei. Dazu hätte der Oberbürgermeister allein genügt; er hätte ganz bescheiden auftreten müssen, es sei denn, man hätte sich die Klarets zum Vorbild genommen! (Bewegung im Hause.) Der Magistrat hätte den Oberbürgermeister sofort „zurückpfeifen“ müssen! In dieser Tonart ging es bei Herrn Bundtner, dem vornehmen Parlamentarier, weiter. Der Kommunist Frey Lange hatte die Freude, auch eine Anfrage in der gleichen Angelegenheit seiner Fraktion begründen zu dürfen. Er schloß sich in der Ausführung seinem deutschnationalen Vorredner würdig an. Bürgermeister Scholz betonte, daß der vorzeitige Abbruch der amerikanischen Reise in Amerika den denkbar ungünstigsten Eindruck gemacht hätte. Allein schon der

Beschluß der Stadtverordneten, den Oberbürgermeister zurückzurufen, sei drüben in Amerika sehr unglücklich aufgenommen worden. Böß ermüdete den Besuch des New-Yorker Oberbürgermeisters vom vorigen Jahr, leistete einer entsprechenden Einladung Folge, sei vom amerikanischen Staatspräsidenten Hoover empfangen worden und schließlich diene eine solche Reise doch auch der Näherbringung der Städte der beiden Kontinente. Die anderen drei Stadträte seien wiederum nach Amerika geschickt worden. Gegenüber den immer wiederkehrenden Einwürfen wegen der Mißfahrt der Frauen zweier Magistratsmitglieder erklärte Bürgermeister Scholz, daß die Frauen als Privatpersonen auf Kosten ihrer Männer mitgeführt seien. Genosse Hlatow wandte sich gegen die Verquickung des Gegenstandes der Anfrage mit der Klaretsaffäre durch die Deutschnationalen. Die Ausnutzung der Beitragsmonopole im Wege der Flugblattverbreitung deutschnationaler Stadträterreden lasse doch erkennen, daß keine ernstlichen Verbesserungsabsichten dahinter stehen, sondern daß diese Reden von Anfang an „zum Fenster hinaus“ gehalten wurden. (Bravo! b. d. Soz.) Genosse Hlatow

fragte die Deutschnationalen, ob nicht ihr Stadtrat Jangemeister die Anregung zu der Erweiterung der Amerikadelegation gegeben habe?

(Hört! hört! links.) Die Kosten der Amerikareisen seien unter Be-

rücksichtigung der allgemeinen Finanzlage der Stadt reichlich hoch, besonders, wenn man berücksichtigt, daß der Magistrat in Ausübung seiner Kompetenzen ohne Befragung der städtischen Körperschaften, diese Reisen festsetze.

Am 7. Ubr erfolgten die in der letzten Sitzung ausgefertigten Bestimmungen zu den

Klarets-Anfragen und -Anträgen.

Antrag Wirtschaftspartei: Den Bezirksämtern soll aufgegeben werden, ihren Bedarf an Textilwaren im freien Handel zu decken.

Hafe hat gar nicht angeklagt! Er schüttelt die „Nachtausgabe“ ab.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen Stadtverordnetenversammlung erlebte man eine eigenartige Ueberraschung. Stadtverordneter Hafe von der Wirtschaftspartei gab folgende Erklärung ab:

„In der Tagespresse sind verschiedentlich Artikel erschienen, die den Anschein erwecken, daß sie von mir stammen. So befindet sich in der „Berliner Illustrierten Nachtausgabe“ vom 14. Oktober d. J. ein Artikel mit folgender Ueberschrift: „Ich klage an.“ von Mag. Hafe, Obermeister der Berliner Schneiderinnung und Stadtverordneter. Da ich diesen Artikel weder geschrieben noch jemand dazu beauftragt habe, so erkläre ich, daß ich mit diesem Artikel nicht das geringste zu tun habe. Obgleich ich stets gegen das System irgendwelcher Monopolstellungen einzelner Firmen oder Monopolverträge gekämpft habe und auch weiter kämpfen werde, so habe ich es jedoch immer vermieden, die Angelegenheit auf das persönliche Gebiet zu schieben, da ich der Sache dienen wollte und nicht einzelne Personen angreife. Ich muß daher auch von dieser Stelle dagegen Verwahrung einlegen, daß mein Name in dieser Weise mißbraucht wird und in diesem Zusammenhang Personen genannt und angegriffen werden, mit denen ich nichts zu tun gehabt habe.“

wird in namentlicher Abstimmung mit 101 Einstimmigen gegen 25 abgelehnt. — Antrag Wirtschaftspartei: Auflösung der Berliner Anschlagungsgesellschaft gegen Einstimmigkeit abgelehnt. — Antrag Sozialdemokraten: Veröffentlichung der zum besonderen Kundenkreis der Klarets zählenden städtischen Beamten und Ehrenbeamten wurde mit Mehrheit angenommen. — Antrag Merkens (Dem.): Aufhebung aller Monopolverträge, keine Abschließung neuer, Erteilung aller Aufträge im Wege der Ausschreibung, mit großen Mehrheiten angenommen. Die kommunistischen Anträge wurden bis auf den einen, der die Aussetzung einer Belohnung fordert, abgelehnt. Die Amerikadebatte plätscherte noch eine ganze Zeit weiter.

Genosse Czerninski über den Wohnungsbau.

In einer Anfrage forderten die Kommunisten Auskunft über die Durchführung des zentralen Wohnungsbauprogramms im Jahre 1929. Nach der Begründung durch den Stadtr. Schwent (Komm.) antwortete Stadtrat Genosse Czerninski ausführlich über Berlins Wohnungsbau im Jahre 1929. Nach dem sehr kalten Winter, wo die Neubautätigkeit völlig stilllag, standen am 1. Mai dieses Jahres 15 293 Wohnungen im Neubau. Am Ersten der

folgenden Monate betragen diese Zahlen 23 635, 26 240, 34 217, 36 937. Am 1. Oktober 1929 waren 40 141 Wohnungen im Bau. Mit den 2200 Wohnungen, die aus den zusehlich bewilligten 15 Millionen Mark gebaut werden konnten, waren

am 1. Oktober 42 341 Wohnungen im Bau.

Das ist also eine ganz außerordentliche Förderung des Wohnungsbauens in der letzten Bauzeit, besonders wenn man bedenkt, daß sich Baustoff- und Facharbeitermangel einstellten und daß Geld aus dem Auslande fast gar nicht mehr beschafft werden konnte. Selbst auf dem Inlandsmarkt ist das Geld so knapp — jährlich müssen 180 bis 200 Millionen Mark aufgebracht werden —, daß Genosse Czerninski allen denen öffentlich Dank zollte, die der Wohnungsbaufinanzierung Hilfe geleistet haben.

Keine Stadt Deutschlands habe im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungszahl so stark gebaut wie Berlin.

Am 1. Oktober 1929 waren 14 000 Wohnungen bezugsfertig, am 1. Dezember werden weitere 14 000 bis 16 000 folgen, so daß gegen Ende des Jahres rund 30 000 Wohnungen fertig sein werden. (Bravo! bei den Soz.) Die weitere Debatte wurde vertagt.

Schweres Explosionsunglück in Paris. Ursache noch unbekannt. — Vier Tote!

Paris, 15. Oktober. In der Kraftwagenfabrik von Talbot in einem Pariser Vorort ereignete sich am Dienstagmorgen eine schwere Explosion. Gegen 9 Uhr kürzte unter furchtbarem Getöse das große Gieereisengebäude zusammen. Die sofort benachrichtigte Feuerwehr sowie Sanitätsmannschaften waren in kurzer Zeit zur Stelle. Bisher wurden vier Tote und dreißig Verletzte geborgen. An der Unglücksstelle haben sich große Menschenmengen eingefunden. Die Polizei hat umfangreiche Absperrungsmaßnahmen vorgenommen. Frauen und Kinder der in der Fabrik beschäftigten Arbeiter umlagern den Unglücksort und warten auf Nachrichten über ihre Angehörigen. Ueber die Ursache des Unglücks ist noch nichts Genaueres bekannt.

Rom, 15. Oktober. Ein schweres Unglück traf eine Gruppe ehemaliger Kriegsteilnehmer bei der Rückkehr von einem Besuch der Kriegergräber auf dem Monte Grappa. Ein mit 33 Teilnehmern besetztes Auto geriet bei Bassano (Venezien) auf abschüssiger Straße ins Rutschen, wobei der Führer die Gewalt über das Fahrzeug verlor. Neun Insassen sprangen in voller Fahrt ab. Von diesen blieben drei sofort tot liegen, während sechs weitere schwer verletzt wurden. Von den übrigen Fahrgästen wurde einer durch den Anprall des Kraftwagens gegen einen Felsen getötet und 17 weitere wurden leicht verletzt.

Zeppelin zur Balkanfahrt gestartet. Zwischenlandung in Breslau.

Die aus Friedrichshafen gemeldet wird, ist das Luftschiff „Graf Zeppelin“ gestern abend 20.26 Uhr zu seiner Balkanfahrt gestartet.

Die Schiffsleitung beabsichtigt, auf dem Rückwege der Provinz Schlesien den feinerzeit durch die Wetterlage unmöglich gewordenen Besuch abzustatten, wobei das Luftschiff auch auf dem Flughafen Breslau eine Zwischenlandung vornehmen soll. Wenn sich die Fahrt über den Balkanländern programmäßig abwickelt, wird „Graf Zeppelin“ am Donnerstag vormittag, etwa um 9 Uhr, Breslau erreichen. Die Rückkehr des Luftschiffes nach Friedrichshafen wird für Freitag früh erwartet.

„Gewissensfreiheit in der Schule.“ Die sozialistische Schülereigenenschaft Norden und Westen veranstaltet am Freitag, dem 18. Oktober, um 19.30 Uhr, in der Fürstin-Bismarck-Schule, Charlottenburg, Sibelstr. 24, eine öffentliche Kundgebung. Der Oberstudieninspektor am Könlischen Gymnasium, Genosse Siegfried Kawerau, spricht über „Gewissensfreiheit in der Schule“.

Johann Komáromi: He, Kosaken!

Andreas Viktor, den seit jener verzweifelten Flucht in erster Linie soldatische Einzelheiten interessierten, nicht ernsthaft:

„Ihr habt recht gehandelt. Solche Großmäuler dürfen nicht gegen Leute ausgehen, die sich im Krieg geprügelt haben.“

Mein Vater und Georg Bajda sahen mit mildem Spott über die Köpfe der anderen hinweg. Obgleich keiner von ihnen je im Kriege war.

Sie tranken wieder. Dann folgte großes Schweigen. Der Rauch war schon so dicht, daß man ihn mit dem Messer schneiden konnte. Durch diesen Qualm entfernte sich die Lampe von mir in weite, weite Ferne und ich sah sie nur mehr so, wie das Licht eines fernem Leuchtturmes über nebelbedeckten Meeren sein mag. Die Lampe blinzelte und sie blinzelten zurück. So verging eine lange Zeit. Draußen lag das herbliche Schweigen. Die kleinen Häuser schliefen. Auch der Wächter schlief.

Gott weiß, wo sie ihre Gedanken hatten. Einmal nach langer Zeit regte sich der Oberkosa! und nickte Georg Bajda zu:

„Wann kommt dieser Landstreicher?“

„Josef Baczal?“

„Ja der!“

„Ich fand ihn nicht bei seiner Mutter. Er treibt sich schon wieder irgendwo herum.“

Die Antwort war noch größeres Schweigen. Als hätten sie gefühlt, was jetzt folgen werde. In diesem Augenblick waren sie nicht mehr die übermütigen und selbstbewußten Kosaken. Sie schrumpften zu gebeugten, schwächlichen, gebrochenen Menschen ein. Elend und Entbehrungen starren aus ihren Gesichtern. So, vorgeneigt, in ihren armseligen Klüften, saßen sie einander mit geweiteten Augen lang an.

Wieder war der Oberkosa! der erste, der zurückwand. Er hieb mit seiner knöchigen Faust auf den Tisch:

„Nun, es ist genug jetzt! Zum Teufel mit diesem Hundeleben, wir wollen alle Herren erschlagen, die sich uns widersetzen!“

Andreas Viktor sprang auf und hieb gleichfalls auf den Tisch:

„Wir erschlagen sie alle! Wir lassen uns nicht vernichten!“

Sie tranken darauf. Als sie sich etwas beruhigt hatten und wieder Platz nahmen, ergriff der Oberkosa! das Wort. Die übrigen hingen mit den Augen an ihm und lauschten mit großer Aufmerksamkeit.

Der Alte sprach dies:

„Freunde! Ich habe euch in der heutigen Nacht hierher gerufen, weil wir über unsere Sorgen sprechen müssen. Ihr wißt bereits, daß uns der Verwalter Brugos die Weidenpacht, die wir seit einundzwanzig Jahren haben, zum nächsten Herbst kündigte. Nun, wir wollen ihm antworten, herrgott nochmal!“ und er sprang vom Tisch auf, denn seine Augen waren schon blutunterlaufen.

Die übrigen schwiegen. Nur Antal Turbis äußerte:

„Es wäre vielleicht gut, wenn wir an den Herrn Grafen schreiben . . .“

Aber als er den großen Zorn des Oberkosa!en gewahrte, schluckte er das übrige hinunter. Der Oberkosa! sah die Versammlung einzeln an.

„Das können wir nicht tun. Der alte Graf, der zu seinen Lebzeiten unser Wohlwäter war, ist tot. Der junge Graf fährt immer im Ausland umher, es mögen zehn Jahre her sein, daß er nicht mehr daheim war. Den kennen wir nicht und der würde unseren Brief vielleicht gar nicht erhalten. Und wenn er ihn erhielte, würde er sich sowieso nicht um uns scheren. Ich sage also, daß ich euch rufen ließ, um über unsere gemeinsamen Sorgen zu reden. Ohne die Nacht geht es uns wie dem Fisch am Trocknen. Wir krepieren!“

Die übrigen nickten, daß dies wahr sei. Der Oberkosa! wurde jetzt leiser in seiner Rede, vielleicht damit jeder verstehe, was nun folgte:

„Wir gaben Brugos keinen Grund, uns so auszuspieren. Wohin sollen wir denn jetzt, wenn die Kündigung besteht, unsere Pferde treiben? Nicht nur wir, auch die Besizer. Es gehören ja weit und breit alle Wiesen, Acker und Wälder den Grafen und den Juden. Wir dürfen ja nicht einmal mehr fischen, weil auch der Latoccabach ihnen gehört. Gut, es möge ihnen alles gehören, aber auch wir müssen leben.“

Deshalb sage ich, Freunde, daß wir, wenn alle Stricke reißen, mit Brugos abrechnen werden. Dazu haben wir ein Recht, denn . . .“

Hier überschlug sich seine Stimme. Der Zorn spannte sein Gesicht.

„. . . denn, wenn jemand in den Dreck fällt, den müssen immer wir herausziehen. Wir prügelten uns für Rákóczi, als er in der Klemme war, wir halfen Kossuth, als er die Nachricht sandte, alles müsse kommen, denn sonst sei es zu spät, wir dienen Franz Joseph . . . Und wo bleibt der Dank?“

„Wahr ist es,“ nickten die anderen.

„Das mein ich auch,“ fuhr der Oberkosa! fort. „Heute ließ ich nur jene rufen, denen ich bis in den Tod vertraue. Denn, damit ihr erfahrt, worum es sich handelt, nun, es handelt sich darum, daß Josef Baczal nicht erschienen ist, weil er sich wieder irgendwo herumtreibt, der Dumy, aber wenn Brugos nicht nachgibt, werden wir durch Josef Baczal all sein Hab und Gut anzünden lassen . . .“

Großes Schweigen. Andreas Viktor sah auf, mit einem seltsamen Blick.

„Wie denkst du dir das, Michael?“

„Wie ich's mir denke?“ sagte der Oberkosa! hochmütig. „Nun, so, daß wir ihn bezahlen, Zeugen der Tat wird es keine geben, die Gendarmen knöpfen sich Josef sicher vor, können ihm jedoch nichts beweisen und lassen ihn daher laufen. Aber Brugos wird wissen, daß unsere Hand dabei im Spiel ist und wird erschrecken und schließlich doch nachgeben . . .“

Der Vizebürgermeister Georg Sándor fragte sich den Kopf.

„Was wird aber geschehen, wenn Josef Baczal eingesteht, daß wir ihn dazu gedrungen haben?“

„Josef Baczal?“ winkte der Oberkosa! überlegen ab. „Da braucht ihr keine Angst zu haben, ich würde ihn ja sonst totschlagen. Dies habe ich ihm bereits geflüstert. Jetzt handelt es sich ausschließlich darum, daß wir nicht nach Amerika auswandern wollen, um unsere Familien hier in Gefahr zurückzulassen . . .“

„Wir wollen nicht fort! Wir wollen alle hier leben!“ riefen alle gleichzeitig.

Bei dieser allgemeinen Zustimmung schwoilen am Geiernaden des Oberkosa!en die Andern an.

(Fortsetzung folgt.)



# Die Untersuchung geht weiter.

Die Vernehmung des Direktors Schmitt.

Die Vernehmung der Stadtbankdirektoren Hoffmann und Schmitt ist am gestrigen Dienstag im Oberpräsidium fortgesetzt worden. Auch die Stadtbankdirektor Schmitt gestellte Disziplinaranlage umfasst eine ganze Reihe von Anschuldingungspunkten, zu denen er sich gestern geäußert hat.

Ebenso wie Direktor Hoffmann hat auch Schmitt eine längere Rechtfertigungsschrift eingereicht, in der er energisch bestritt, von den Betrügereien der Gebrüder Sklarek bis zu deren Ausbeutung auch nur das geringste gewußt zu haben. Die Kreditgewährung sei nicht seine Angelegenheit gewesen, sondern die des Kreditausschusses, der sogar einen Unterausschuß eingesetzt habe. Ebenso energisch bestritt Schmitt die Behauptung, daß er etwa den Sklareks die Vorlage von Rechnungen zur Bevorschussung angeordnet oder nahegelegt habe, für die noch keine Lieferungen für die Stadt bestellt waren. Er erklärte dem Untersuchungskommissar gegenüber, daß er allerdings, wie zahlreiche Beamte der Stadt auf Grund der Inferate, die u. a. im Städtischen Amtsblatt erschienen waren, Einkäufe bei der K.B. getätigt habe. Dafür habe er aber stets die angemessenen Preise bezahlt, und zwar seien die Rechnungen über das Konto von Direktor Schmitt bei der Stadtbank, also durchaus kontrollierbar erfolgt.

Zu der Meldung eines gestrigen Abendblattes, daß der frühere Direktor des Ansehungsamtes, Rieburg, Zeugen gegenüber geäußert habe, daß Oberbürgermeister Böhm bei der K.B. für 80 000 M. Waren gekauft habe, aber nur 2000 M. bezahlte, erklärt der Rechtsbeistand des Genannten, daß diese Meldung in vollem Umfange unzutreffend sei. Herr Rieburg habe diese Äußerung weder vor Zeugen getan, noch treffe der Inhalt des angeblichen Gesprächs zu.

## Auch württembergische Schuhfabrik durch Sklareks geschädigt

Die Gebrüder Sklarek standen auch in Verbindung mit der Tuttlinger Schuhfabrik E. Reichle, die nun einen Buchverlust von über 100 000 M. erleidet, der sich aber durch Versicherung bei der Hermes A.-G. auf etwa 60 000 M. ermäßigt. Die Sklareks haben, wie erst jetzt festgestellt wird, diese Geschäftsverbindung gleichfalls zu großen Betrügereien benutzt. Der Betrieb der Tuttlinger Schuhfabrik wird wahrscheinlich aufrechterhalten, zumal noch reichlich Aufträge vorliegen und auch die Stadt Berlin mit der Schuhfabrik in Verbindung getreten ist, um die weitere Vorfahrung der Berliner Bezirksämter durchzuführen.

Um jegliches unnütze Nebeneinanderarbeiten zu vermeiden, fand am Dienstag auf Bitte des Bürgermeisters Scholz beim Generalstaatsanwalt Wilde eine Besprechung des Fragenkomplexes Sklarek statt. Aus der Besprechung ergab sich, daß die bisherige Grundlinie des Verfahrens beizubehalten ist. Der Generalstaatsanwalt wird zunächst förmliche Prüfungen und unter Umständen Vernehmungen aller Beteiligten vornehmen, während Oberregierungsrat Topolitz lebhaftig das Disziplinarverfahren gegen die drei Stadtbankdirektoren weiter betreibt. Der Magistrat wird mit Ermittlungen und unter Umständen einzuleitenden Disziplinarverfahren erst in Aktion treten, wenn der Staatsanwalt ihm die Ergebnisse der Ermittlungen abgibt.

## Ein höflicher Räuber.

Er bittet um Zugang zu den Kassenräumen.

In der Klavierhandlung von Targouloff in der Trebbiner Straße 13 wurde am Dienstagmorgen unter eigentümlichen Umständen ein Kassenraub versucht, der glücklicherweise vereitelt wurde.

Die Geschäftsräume der Firma liegen im Erdgeschoß. Gegen 1 Uhr mittags klingelte es an der Tür und eine im Bureau tätige junge Dame ging hin, um sie zu öffnen. Vor ihr stand ein etwa 30 Jahre alter Mann, der ihr eine Schußwaffe vorhielt und mit nicht zu lauter, aber nachdrücklicher Stimme sagte: „Bitte, die Kassenräume.“ Die erschrockene Dame schrie laut auf, warf die Tür zu und flüchtete in einen anderen Bureauraum. Der Täter flüchtete nun, und ein anderer Angestellter, der die Hilfe rufe gehört hatte, sprang mit kühnem Satz aus dem Fenster, über den kleinen Innenhof und begegnete dem aus dem Hause kommenden Täter. Dieser lief zum Tempelhofer Ufer und stieg dort in eine bereitgehaltene Taxe. Der Angestellte war dicht hinter ihm. Jetzt verließ der Räuber seinen Wagen wieder, nahm seine Waffe hervor und hielt sich den Verfolger mit den Worten: „Bitte, nicht verfolgen oder ich schieße!“ vom Weibe. Hierauf nahm er im Wagen Platz und fuhr ab. Ein höflicher Räuber, muß man sagen.

Diebstahl von Eintrittskarten. Der Klub internationaler Kraftwagenfahrer E. B. feiert am 2. November d. J. im „Zoo“ sein 24. Stiftungsfest. Zu diesem Fest sind die Herrenkarten Nr. 1—1300 einwendet worden. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß diese Karten an dem betreffenden Tage keine Gültigkeit haben.

## Der „Vorwärts“

ist das Blatt der Kopf- und Handarbeiter!  
Abbonniert den „Vorwärts“!

Ich abonniere den „Vorwärts“ (und die Abendausgabe für Berlin „Der Abend“) mit den illustrierten Beilagen „Volk und Zeit“ und „Kinderfreund“, sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Technik“, „Sport“, die „Wäckerwelt“ und „Jugend-Vorwärts“ in Groß-Format in sich frei ins Haus.  
(Monatlich 3,60 M., wöchentlich 85 Pf.)

Name: \_\_\_\_\_  
Wohnung: \_\_\_\_\_  
Straße Nr. \_\_\_\_\_  
vorn — Hof — Quergeb. — Seltensl. — Tr. links — rechts  
bei \_\_\_\_\_

Ausfüllen und einpenden an den Verlag des „Vorwärts“, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

# Neunzehnjähriger Todeschauffeur.

Seine Opfer: Ein Toter und fünfzehn Verletzte.

Einen wunderschönen Sommerabend wies der 19. Juli auf. Die alte Frau Jakob hatte das Grab ihres Mannes auf dem Steglitzer Friedhof besucht, die Blumen begossen und ruhte nun auf dem Rückwege auf einer Bank an der Kreuzung der Bismarck- und Bergstraße. Ihre Gleitkappe stand vor ihr. Die Uhr zeigte 19¼.

Der warme Abend hatte auch den 19jährigen Generaldirektorssohn Voll mit seinen beiden 17jährigen Freunden aus der Wohnung gelockt. Sie beschloßen, im Auto das Grab eines Fliegens auf dem Steglitzer Friedhof aufzusuchen. Der 19jährige Generaldirektorssohn jagte also sein Auto im rasenden Tempo dahin. Eben erst hätte er beinahe auf der Bergstraße eine junge Frau überfahren, als schon im nächsten Augenblick das Unglück geschehen war. Ein Autodrochse, die die Bismarckstraße entlang kam, fuhr mit voller Wucht in das Vollsche Auto hinein, beide Wagen hatten ineinander, machten einige Drehungen, flogen auf das Trottoir und rissen die Bank samt dem Gemäuer, in dem die eisernen Füße ruhten, nieder. Einer Frau gelang es noch im letzten Augenblick, ihr Kind hochzuheben, beide erlitten Verletzungen, ein Spaziergänger wurde über einen Meter hohen Zaun geschleudert, seine Frau lag verwundet auf dem Boden, neben ihr bewußtlos einige andere Frauen mit Querschüssen und Schenkelbrüchen, die alte Frau Jakob war tot. Ein Insasse des Autos erlitt einen Schädelbruch, der Passagier der Autodrochse Verletzungen am Kopf, zwei große Fleischwunden am Oberarm und Querschüssen am Arm. Die beiden Autolenker waren mit geringen Verletzungen davon gekommen. Gestern hatten sie sich wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten.

Natürlich traf keinen von beiden die Schuld. Der 19jährige Voll erklärte, er sei vorchristomäßig langsam und vorsichtig gefahren. Dasselbe nahm für sich der ebenfalls 19jährige Drochschchauffeur Matuschke in Anspruch. Zwar wollten die Freunde des ersteren

von einer großen Fahrgeschwindigkeit nichts gemerkt haben — sie blieben dabei, trotz der Ermahnung des Vorfindenden —, ein Zeuge betonte aber, daß er eben im Begriff stand, den Fahrdamm der Bergstraße zu überschreiten, als das Privatauto an ihm vorbeifuhr und er war noch nicht über die Hälfte des 7,60 Meter breiten Fahrdammes, als 300 Meter entfernt der Zusammenstoß passierte, der Geschwindigkeitmesser des Autos zeigte 56 Kilometer. Die Sachverständigen ließen in ihren Gutachten keinen Zweifel: beide traf die Schuld. Das Tempo des Privatautos war ein völlig unzulässiges, es war auch bei der Überquerung der Bismarckstraße, die als Hauptverkehrsstraße zu gelten hat, nicht verringert worden. Der Chauffeur hat zwar kurz vor der Kreuzung der Bismarck- und Bergstraße ein wenig gebremst, doch nicht genügend, um einer Gefahr entkommen zu können. Als er zum zweitenmal die Bremse zog und nach links auszuweichen versuchte, war es bereits zu spät. Der Staatsanwalt beantragte gegen Voll 2 Jahre 6 Monate und gegen Matuschke 9 Monate Gefängnis. Das Gericht ist unter diesen Umständen der Ansicht, daß der Unfall am 19. Juli d. J. erfolgte, und der Tod der alten Frau Jakob verursacht wurde, zu einem Jahr drei Monaten resp. zu vier Monaten Gefängnis.

Der traurige Unfallabend regt zum Nachdenken an. Sollte nicht das Grenzalter zur Erlangung von Führerschein erhöht werden? Befiehlt ein 19jähriger das Maß von Besonnenheit, Umsicht, Verantwortungsgesühl und Ernst, die der Verkehr in einer Millionenstadt erfordert? In der gestrigen Verhandlung war man geneigt, das zu verneinen. Der 19jährige Voll glaubte für sich selbst darin einen Entschuldigungsgrund zu finden, daß ihm das Vorfahrtrecht eines die Hauptverkehrsstraße passierenden Autos nicht bekannt sei. Sein Wissen um die notwendigen Verkehrsregeln wird er nun teuer erkaufen haben.

## Todesopfer des Revolvererschüßen.

Professor v. Linstow seinen Verletzungen erliegen.

Der Revolverüberfall im Grunewald hat ein Todesopfer gefordert. Der überfallene Landesgeologe Professor Otto von Linstow ist am Montagmorgen infolge seiner schweren Verletzungen erlegen. Nunmehr ist von der Kriminalpolizei für die Ergreifung des noch unbekanntes Täters eine Belohnung von 1000 Reichsmark ausgesetzt worden.

Der Vorgang selbst hat sich bei beginnender Dunkelheit an der Kreuzung der Jagden 72 und 90 in nächster Nähe der Havelaufsee abgespielt. Zehn Minuten bevor der Überfall sich an der Stelle ereignete, hatte der Banditjäger sie auf seinem Patrouillengang passiert, doch niemand Verdächtigen wahrgenommen. Da man sich nach der Umat in erster Linie um den Verletzten bemühte und erst später eine Streife durch den Grunewald unternahm, hatte der Wegelagerer inzwischen die Flucht ergriffen und war entkommen. Auch ein Ansehen von Suchenden blieb erfolglos. Nachfragen bei den auf der Havelaufsee tätigen Arbeitern ergaben, daß diese am Montag im Grunewald zwei junge Burischen gesehen haben, die mit kleinen Pistolen Schießübungen machten. Ob diese Übungen mit dem Überfall auf den Professor in Zusammenhang zu bringen sind, muß erst durch weitere Nachforschungen festgestellt werden.

Um den Kreis der Personen, die am Montagabend von 17 (5) Uhr an im südwestlichen Teil des Grunewalds spazieren gingen, zu umgrenzen, werden alle, die sich dort aufgehalten haben, dringend gebeten, sich bei der Kommission Radow im Polizeipräsidium, Zimmer 166 (1. Stock), Anruf 349, zu melden. Man wird sie befragen, was für Personen und wie viele sie auf ihrem Spaziergang gesehen haben. Vielleicht ist es doch möglich, auf diese Weise in den Besitz einer Beschreibung des Täters zu gelangen.

## Der neue Universitätsdirektor.

Der alte feiert die böckischen Studenten.

Am Dienstagmorgen fand die feierliche Uebergabe der Rektorwürde der Universität an den für das Jahr 1929/30 gewählten Rektor, den Professor der Mathematik Erhard Schmidt, mit dem ganzen mittelalterlichen Zeremoniell statt, der bei diesen Gelegenheiten üblich ist. Der neue Rektor verbreitete sich in seiner Antrittsrede über die in den letzten dreißig Jahren aufgetauchte Frage, ob denn die Ergebnisse der Mathematik so unzugänglich und unerschütterlich seien, wie man es früher stets angenommen. Der scheidende Rektor Professor His hingegen konnte es sich nicht verlagern, die deutsche Studentenschaft zu feiern, die man ja, nachdem ihr die staatliche Anerkennung versagt ist, nicht mehr als Vertretung der ganzen Studentenschaft anerkennen könne, die aber doch die größte Gruppe sowohl unter den korporierten als den nichtkorporierten Studenten darstelle und den Keim bilde, um den sich wieder die ganze Studentenschaft zusammenschließen werde. Daher müssen, wie Herr His meint, Rektor und Senat auch bei verschiedenen Gelegenheiten mit ihr in Verbindung treten. Auch brachte er sein „akademisches Mißgefühl“ zum Ausdruck über die Art, wie die Polizei gegen die unbewaffneten Leute vorgegangen sei, die am Tage des Verfallers Diktats zwar gefehlt haben, als sie verhaftet, mit ihrem Demonstrationzug die Bannmeile zu überschreiten, die aber doch nur „im Ueberflusse ihres patriotischen Gefühls“ gefehlt haben. Die Versammlung spendeten diesen Stellen seiner Abschiedsrede lebhaften Beifall.

Die Arbeiterkassette hat seit ihrem ersten bewußten Auftreten vor der reinen Wissenschaft stets unbedingte Hochachtung genützt. Erscheinungen wie die des Rektors His, die unter den deutschen Wissenschaftlern und Hochschullehrern keineswegs vereinzelt sind, tragen die Schuld, wenn diese Hochachtung zwar nicht vor der Wissenschaft, aber vor sehr vielen ihrer Träger während des Krieges zu schwinden begonnen hat, ein Vorgang, der sich nach dem Kriege immer mehr verstärkt hat.

## Freie Sozialistische Hochschule.

In der nächsten Woche beginnen, wie bereits angekündigt, die Seminare der Freien Sozialistischen Hochschule. Es sind im kommenden Winterhalbjahr folgende Seminare vorgesehen: 1. Montags: Fritz Kappell, „Der Verteilungsprozess in der kapitalistischen Wirtschaft und seine Wandlungen“, Beginn 21. Oktober; 2. Dienstags: Prof. J. Denike, „Die Formen der internationalen Arbeiterbewegung“, Beginn 22. Oktober; 3. Donnerstags: Dr. Karl Schröder, „Die geistigen Strömungen Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert“, Beginn 24. Oktober; 4. Frei-

tags: Wladimir Boytinsky, „Die Statistik im Dienste der Arbeiterbewegung“, Beginn 25. Oktober.

Sämtliche Seminare werden in der Zeit von 19 bis 21 Uhr im Lehraum der Freien Sozialistischen Hochschule, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen links, abgehalten. Die Teilnehmergebühr für das ganze Winterhalbjahr (20 Abende) beträgt für jedes Seminar 10,— M., die in zwei Raten zahlbar sind. — Schriftliche Anmeldungen sind an den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, zu richten. Ausführliche Lehrpläne in der Buchhandlung Diep, Lindenstraße 2, und in allen Vorwärts-Expeditionen.

## Internationale Dollarfälscher.

Drei Mann in Berlin festgenommen.

Einer internationalen Geldfälscherbande von ungewöhnlichen Ausmaße ist die Berliner Kriminalpolizei auf die Spur gekommen. Drei Vertreter der gefälschten Banknoten konnten festgenommen werden, und einer hat ein umfangreiches Geständnis abgelegt.

Seit mehreren Monaten tauchten in verschiedenen Gegenden Deutschlands gefälschte, oder besser gesagt, verälschte Dollarnoten auf. Die Gauner rechneten offenbar damit, daß der großen Menge des Publikums die Notenbilder der 50-, 100- und 500-Dollar-Scheine nur wenig bekannt sind. An sich echte Dollarnoten zu 1, 5, 10 und 50 Dollar ergaben die Grundlage für die Fälschungen. Die Ziffern wurden von den Fälschern vorsichtig ausgewählt und entsprechend durch 10, 50, 100 und 500 ersetzt. Die Arbeit war so sauber gemacht, daß nur bei genauem Hinblicken und genauer Kenntnis der Scheine die Fälschung zu entdecken war. Die Verbrecher waren klug genug, nur kleinere Raffeschäufer und kleinere Geschäfte zu wählen, in denen sie ihre „Blüten“ absetzten. Erst vor kurzem war ein Zuwegengeschäft in der Tauentzienstraße schwer geschädigt worden. Am 14. September d. J. kaufte dort ein Mann einen Ring im Werte von 8000 Mark und zahlte mit vier Notaten zu je 500 Dollar. Anstandslos wurde ihm der Rest ausbezahlt. Als man die Verälschung der Banknoten entdeckte, war der Kunde nicht mehr zu finden. Als vor 14 Tagen ein Mann in einem kleinen Café seine Jacke mit einer 100-Dollar-Note bezahlte, merkte der Kassier den Schwindel und ließ den Fremden festhalten. Auf der Polizei nannte er sich Reinmann, ist aber in Wirklichkeit ein 35 Jahre alter Hermann Verev in Asow in Rumänien. Sein Chef namens Kroner sitzt in Antwerpen; er schickte ihn mit den falschen Notaten auf die Reise und gibt seinem „Reisenden“ Prozente.

Der Polizei gelang es dann, noch zwei weitere Männer, die schwer verdächtig sind, festzunehmen.

## Nächtlicher Besuch im Zigeunerlager.

Das berühmte „Nachtgespenst“ gefaßt?

Lebhafte Aufregung gab es in einer der letzten Nächte auf einem unbebauten Platz in der Anecksbestraße zu Reukölln.

Dort sind mehrere Wohnwagen von Zigeunern aufgefahren. In der Nacht erwachte eine der Frauen von der Berührung einer Hand und schlug Alarm. Die Männer kamen alsbald aus den Wagen heraus und erwachten nach längerer Verfolgung einen jungen Burischen, der nicht zum Stamm gehört. Auf der Polizeiwache erkannte man den Ertrappen als einen 19 Jahre alten Arbeitsburischen B., der in Reukölln bei seinen Eltern wohnt. Am Sonntagabend hatte er mit seinen Eltern zusammen ein Vergnügen besucht. Der Vater schickte ihn dann früher nach Hause, während die Eltern noch bei dem Fest blieben. B. fuhr aber nicht direkt heim, sondern nur bis Hermannstraße und schlich sich dann heimlich in das Zigeunerlager ein. Eine Diebstahlsabsicht hat der etwas eigenartig veranlagte Junge nicht gehabt. Er gibt zu, schon vor fünf Wochen einmal einen ähnlichen Streich verübt zu haben. Damals gelang es ihm, zu entfliehen.

Da nun seit einiger Zeit ein zweifellos onormaler Mensch in verschiedene Erdgeschloßwohnungen eingeschleust ist und dort schlafende Frauen berührt hat, so nimmt man an, daß der junge B. auch diese Taten verübt hat.

Gegen übles Mundgeruch. Ich will nicht veräumen, Ihnen Mitteilung zu machen, daß ich seit dem Gebrauch Ihrer Zahnpaste „Chlorodont“ nicht nur meine weißen Zähne behalte, sondern auch den bei mir sonst üblichen Mundgeruch verloren habe. Ich werde Ihr „Chlorodont“ aufs beste empfehlen.“ Gez. E. G. Mainz. — Ueberzeugen Sie sich zuerst durch Kauf einer Tube zu 60 Pf., große Tube 1 M. Chlorodont-Zahnbürsten 1,25 M., für Kinder 70 Pf. Chlorodont-Mundwasser 1,25 M. Zu haben in allen Chlorodont-Vertaufsstellen.











# AGÖ. und Siemens im Kampf.

## Scharfe Antwort der AGÖ. an Herrn v. Siemens.

Wir haben am Sonntag von dem schweren Angriff des Herrn Dr. C. v. Siemens auf jene elektrotechnischen Gesellschaften in Deutschland berichtet, die fremdem Kapital einen Einfluß auf ihre Unternehmungen zugestanden haben. Wir haben gesagt, daß der Angriff gegen die AGÖ. gerichtet ist, wenn die AGÖ. auch nicht mit Worten genannt sei, und die deutsche Öffentlichkeit hat diesen Angriff ganz allgemein auch nur auf die AGÖ. bezogen. Man muß es ein bißchen feige nennen, wenn Herr v. Siemens in einem dem „Börzen-Courier“ gewährten Interview sagt, sein Angriff sei nicht an eine bestimmte Adresse gerichtet gewesen, und wenn er sich darauf beruft, daß die Ausführungen schon niedergeschrieben waren, bevor die Presse über die Bildung des Telephonbau-Trusts etwas berichtet habe. Es ist deshalb auch berechtigt, daß die AGÖ. diese Abfertigungen nicht berücksichtigt hat und in ihrer jetzt veröffentlichten Antwort den Angriff als gegen sich gerichtet bezeichnet.

Die Antwort der AGÖ. ist massiv. Herr v. Siemens wird direkt gestraft und der Deffentlichkeit wird das Urteil überlassen, weshalb er mit doppelten Wahren mißt. Als der Osram-Konzern mit 16 2/3 Prozent die amerikanische General Electric beteiligt habe, habe auch Siemens, und zwar genau so wie die AGÖ. die Beteiligung gutgeheißen, und auch Siemens habe diese Beteiligung für volkswirtschaftlich richtig, für mit der nationalen Ehre vereinbar und für privatwirtschaftlich vorteilhaft angesehen. Daß die AGÖ. die mit ihr seit 25 Jahren befreundete General Electric mit 15 Proz. am Aktienkapital beteiligt habe, habe keine anderen Gründe, als die Beteiligung der General Electric am Osram-Konzern, der auch Siemens zugestimmt habe. „Warum soll, was in dem einen Fall billig und national ist, in dem anderen Faße unrecht sein und eine Gefahr für die deutsche Wirtschaft heraufbeschwören?“ so fragt die AGÖ.

Aber der Vorstand der AGÖ. wird noch deutlicher. Er wehrt sich nachdrücklich gegen die Annahme einer Ueberfremdung und sagt: „Die AGÖ. ist nicht überfremdet, sondern ein deutsches Unternehmen. Die Majorität der Aktien unserer Firma befindet sich in der Hand von Tausenden von deutschen Staatsbürgern. Wir glauben begründet annehmen zu dürfen, daß sie sowohl der Zahl nach als auch bezüglich der Summe des investierten Kapitals größer ist als bei den Siemens-Firmen, bei denen bekanntlich die Majoritätspakete geschlossenen Besitz darstellen.“ Der AGÖ.-Vorstand nennt die Benutzung des Begriffs der Ueberfremdung ausdrücklich eine Siemens-Propaganda.

Für diese Charakterisierung als Siemens-Propaganda führt der AGÖ.-Vorstand dann aber auch sofort Material ins Treffen. Das merkwürdige Vorgehen des verantwortlichen Leiters des Siemens-Konzerns gegen die Geschäftspolitik eines anderen Elektrozentrums hat noch weitere Gründe, und hier wird die AGÖ.-Antwort, wenn sie für uns auch nichts Neues sagt, geradezu sensationell. Die AGÖ. spricht nämlich offen aus, daß der entscheidende Anlaß für den Angriff des Herrn v. Siemens in den Vorgängen zu erblicken sei, die sich in der Schwachstromindustrie vollziehen. Daß die Bildung des deutschen Telephonbau-Trusts gegen Siemens und Halske gerichtet ist, haben wir selbst schon in der vorigen Woche bei der Besprechung dieser wichtigen Neugründung festgestellt. Die Abwehrklärung der AGÖ. bringt aber jetzt die interessante Feststellung, daß es zur Bildung dieses selbständigen mit ausländischer Hilfe errichteten und eventuell gegen Siemens wirksamen Trusts deshalb gekommen ist, weil der Siemens-Konzern auf dem Schwachstromgebiet, das für Siemens das lukrativste Geschäft ist, ein Monopol erstrebt hat. Die AGÖ. habe wegen der Sanierung von W. u. Genest mit Siemens und Halske lange verhandelt, diese Verhandlungen hätten aber scheitern müssen, „da einerseits die Firma Siemens u. Halske für sich beanspruchte, auch die Entwicklungsmöglichkeiten eines zu bildenden zweiten Schwachstromgebietes entscheidend zu beeinflussen und wir (die AGÖ. nämlich) andererseits nicht „Handlanger“ eines Monopols werden wollten.“

Durch diese Feststellung sind in der Tat außerordentlich interessante Zusammenhänge in der privaten Elektrowirtschaft Deutschlands aufgezeigt worden, und die Hintergründe der Bildung des neuen Telephonbau-Trusts erfahren eine sehr wertvolle Beleuchtung.

Wie dieser Antwort der AGÖ. wird die Diskussion zwischen den führenden beiden deutschen Elektrozentrals sicher noch nicht beendet sein. Diese Diskussion ist infolgedessen ein historisches Ereignis, als es äußerst selten in der Geschichte des Hochkapitalismus vorgekommen ist, daß die verantwortlichen Führer hochbedeutender Trustorganismen in der Deffentlichkeit gegeneinander kämpfen. Wir wollen hoffen, daß die Fortführung dieses Kampfes in die Mentalität der deutschen Wirtschaftsführung noch weitere Einblicke gewähren wird.

Für den Augenblick steht freilich der Kampf für Herrn v. Siemens recht ungünstig. Wir haben schon am Sonntag sofort die Vermutungen ausgesprochen, daß Herr v. Siemens gegen eine unangenehme Konkurrenz sich zur Wehr setzen und auch von der Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches für seinen Konzern Vorteile gewinnen will, während er so tut, als verteidige er volkswirtschaftliche Interessen und die nationale Ehre. Was in dem Kampf zwischen Siemens und AGÖ. besonders peinlich ist, ist dies, daß die Betonung des Nationalen im ganzen Siemens-Trust bis hinunter zur kleinsten Geschäftspolitik immer schon eine Geschäftswaffe gegen die AGÖ. war und daß man den Eindruck gewinnt, daß Herr v. Siemens so unglücklich war, dieses höchst peinliche Verfahren nun auch persönlich zum Instrument eines Angriffes gegen seinen großen Konkurrenten zu machen. Mog man sich darüber streiten, an welchem Punkte eine tatsächliche Ueberfremdung eintritt (für die Volkswirtschaft ist sie viel weniger gefährlich, als sie scheint), darüber kann nicht gestritten werden, daß Gründe der nationalen Ehre und des volkswirtschaftlichen Interesses nicht beschworen werden dürfen, wenn man Geschäftsziele im Auge hat.

## Schwedenanleihe und Wallstreet

### Die Anleiheausichten in New York bessern sich.

Die deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik hat in diesem Augenblick eine folgenschwere Entscheidung zu treffen. Das Anleiheangebot des Jüdhofstrasses darf nicht akzeptiert werden, wenn die Verhältnisse auf dem ausländischen Kapitalmarkt so sind, daß Deutschland eine langfristige Anleihe erhalten würde, die nicht mit wirtschaftlichen Konzessionen und nicht mit Ansehensverlusten verknüpft ist. Bisher herrschte bei den maßgebenden Stellen in Deutschland die feste Ueberzeugung, daß eine derartige Anleihe zu einem Kapitalpreis, der den Kredit Deutschlands auf lange Zeit nicht schädigt, im Ausland nicht zu beschaffen sei. Die dauernde Beobachtung der amerikanischen Kapitalmarktverhältnisse ist deshalb von großer Bedeutung.

Nun scheint gerade in den letzten Wochen sich in New York ein Umschwung auf der Börse und auch auf dem Kapitalmarkt im allgemeinen zu vollziehen. Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß der entscheidende Grund für die Kapitalverwertung in Amerika in dem Spekulationsfieber zu erblicken ist, das die ganze amerikanische Finanzwelt in einen Gewinnrausch versetzt hat, der nur noch von den Spekulationsgewinnen leben zu können glaubt und auf den inneren Wert und den Ertrag der Aktien überhaupt nicht mehr achtet. Seit mindestens einem Jahre ist das sogenannte Anleihegeschäft in Amerika außerordentlich stark zurückgegangen, woraus es ersichtlich wird, daß in New York nicht nur das Geld sehr teuer ist, sondern auch auswärtige Anleihen zu erträglichen Bedingungen keine Käufer finden können.

In diesen Dingen scheint sich nun Grundlegendes zu verändern. Es wird aus New York gemeldet, daß die letzte Baissa an der New-Yorker Börse die Spekulation ziemlich empfindlich gedämpft hat. Nach der Berechnung der „New York Times“ traten im September bei 240 führenden Industrieklassen Kursverluste von nicht weniger als 25 Milliarden Dollar ein, nachdem dieselben Aktien im Monat August noch Kursgewinne von 4 1/2 Milliarden Dollar zu verzeichnen hatten. Unter diesen Aktien erlitten besonders schwere Verluste die des amerikanischen Stahltrusts, des Chemiekonzerns du Pont de Nemours und General Motors. Infolgedessen ist das Interesse der amerikanischen Kapitalisten und Spekulanten wieder dem Markt der festverzinslichen Papiere zugewendet worden, deren Kurse während der langandauernden Aktienhölle zwar gelitten haben, aber gerade während der Aktienbaisse keine Verluste brachten. Kapitalisten und Spekulanten werfen sich deshalb jetzt auf diesen Markt und in der Tat haben mehrere Anleiheauschreibungen in den letzten Tagen große Erfolge gebracht. Die Bondemissionen haben stark zugenommen und in der vorigen Woche wurden 196 Millionen Dollar zur Zeichnung aufgelegt gegen nur 50 Millionen Dollar in der vorhergehenden Woche und auch nur 47 Millionen Dollar in der gleichen Woche des Vorjahres.

Nun muß man sich davor hüten, die Wirkung der Aktienbaisse auf den festverzinslichen Markt in Amerika zu überschätzen. Es gibt Leute in Deutschland und in Amerika, die davon überzeugt sind, daß der amerikanischen Hauspekulation in Aktien so bald nicht beizukommen sein wird, woraus sich der Schluss ergäbe, daß die gegenwärtige Belebung des festverzinslichen Anleiheamarktes in New York nur eine vorübergehende Reaktion auf die Aktienbaisse im

September sein könnte. Wie dem aber auch sei, die deutsche Deffentlichkeit und die verantwortlichen Leiter der deutschen Reichsfinanzen müssen mit der größten Aufmerksamkeit die Entwicklung der Verhältnisse auf dem New-Yorker Kapitalmarkt verfolgen und sich davor hüten, den Abschluß der unpopulären Schwedenanleihe zu überstürzen.

## Schacht und Schwedenanleihe.

Der „Deutsche“ hat in der letzten Woche eine Anzahl von Artikeln veröffentlicht, in denen er die Behauptung zu belegen versucht, daß kein Zwang zum Abschluß der Schwedenanleihe vorliege, und daß das Deutsche Reich vielmehr über ein englisch-amerikanisches Konförium eine mit wirtschaftspolitischen Zugeständnissen nicht verknüpfte und keineswegs zu teure Anleihe erhalten könne. Wir haben von den an sich sehr interessanten Ausführungen des „Deutschen“ bisher noch keine Notiz genommen, da wir uns nicht davon überzeugen konnten, daß die Unterlagen der Darstellungen ernsthaft sein könnten. In dem letzten „Bitte dementieren“ hat der „Deutsche“ seine bisherige Behauptung aufrechterhalten, von einem Monopol-Anleiherufi gesprochen, dem auch der Reichsbankpräsident nachsichtige und dem Reichsbankpräsidenten Schacht vorgeworfen, daß er es abgelehnt habe, bei der über das englisch-amerikanische Konförium erreichbaren Anleihe als Treuhänder und Vermittler mitzumirken.

Das Direktorium der Reichsbank hat das von dem „Deutschen“ erbetene Dementi, unterzeichnet allerdings von dem Reichsbankpräsidenten Drense (Schacht ist in Baden-Baden), gegeben. Sowie die Beratungsstelle und der Reichsbankpräsident genannt seien, beruhe der Artikel auf freier Erfindung und größten Entstellungen. Weder die Beratungsstelle, noch die Reichsbank, noch ihr Präsident haben jemals etwas getan zur Begünstigung von Monopolbildungen für irgendwelche Anleihen. Der Reichsbankpräsident, der sich durchaus als Bankier des Reiches fühle, habe nie die Möglichkeit gehabt, durch Vermittlung von ausländischen Notenbankpräsidenten in einer der Würde des Reiches entsprechenden Weise dem Reiche Auslandsanleihen zu vermitteln.

## Tonfilmschmerzen der Ufa.

### Geschäftsbericht und Abschluß für 1928/29.

Die Universum Film A.-G. veröffentlicht jetzt Geschäftsbericht und Bilanz für das am 31. Mai abgeschlossene Berichtsjahr 1928/29. Die wichtigsten Zahlen des Ufa-Wirtschaftsjahres haben wir bereits nach der Aufsichtsratsitzung bekanntgegeben. Obwohl der Betriebsergebnis von 21,8 auf 23,1 Mill. M. gestiegen ist, ergibt das Ergebnis des abgelaufenen Geschäftsjahres einen Verlust von rund 146 000 M., der nur mit Hilfe des aus dem Vorjahr übernommenen Gewinnvortrages von 161 215 M. in einen kleinen Ueberertrag von 14 358 M. verwandelt wird.

Die Entwicklung des Unternehmens im zweiten Geschäftsjahr nach der scharfen Sanierung im Frühjahr 1927 wird von der Verwaltung recht eingehend dargestellt, wobei das Schwergewicht auf die durch den Tonfilm hervorgerufenen Umwälzungen in der Filmproduktion gelegt wird. Der Bericht weist darauf hin, daß die Amerikaner durch die ihre Patentlage in den Vereinigten Staaten und großzügigen Kapitalinvestitionen die Filmrisikofilm schnell überwunden haben, was für die europäische Filmindustrie keineswegs zutrifft. Die Patentkämpfe zwischen den deutschen und amerikanischen Elektrozentrals hätten vielmehr die Umstellung in bedenklichster Weise aufgehalten, und bei Anhalten dieses Zustandes müßte die deutsche Filmproduktion ohnehin ernstlich gefährdet angesehen werden. Die Ufa hat im April mit der Klangfilm-Gruppe (Siemens-AGÖ.) einen Vertrag abgeschlossen, der die Ausstattung neuer Filmateliers mit Aufnahmeapparaten und die Ausrüstung der Theaterparks mit Wiederholungsapparaten vorieht. Die von den Unternehmen hergestellten Tonfilme werden im Laufe des November auf dem Markt erscheinen.

Da die Ufa-Bilanz bereits mit dem 31. Mai abschließt, sind also in den jetzt veröffentlichten Bilanzzahlen die sehr beträchtlichen Ufa-Kosten für die Tonfilmumstellung, die sich auf mehr als fünf Millionen belaufen dürften, nur zu einem ganz geringen Teil enthalten. Der gegenwärtige Stand der Ufa wird daher eine erhebliche Veränderung gegenüber der Bilanz vom 31. Mai aufweisen.

Der wichtigste Bilanzposten „Filme“ wird mit 21,1 gegen 24,3 Mill. M. ausgewiesen. Da sich trotz der sehr hohen Abschreibungen auf die Bestände von 12,7 Millionen hierunter noch Filme älterer Produktion mit einem Wert von 8,1 Mill. M. eingefügt sind, deren völlige Abschreibung von der Ufa-Verwaltung selbst im letzten Jahre als notwendig bezeichnet wurde, so ist der innere Gesundheitsprospekt bei dem Unternehmen längst noch nicht abgeschlossen. Der finanzielle Stand hat sich allerdings entschieden verbessert. Während Bankguthaben, Forderungen und Bargeld nur von 13,2 auf 12,0 Mill. M. zurückgingen, konnten die Schulden von 11,5 auf 5,9 Mill. M., also fast zur Hälfte, zurückgezahlt werden. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß allein die



**Eingefangener Sonnenschein**  
 liegt in der Reife der köstlichen Trauben,  
 von denen 12 Pfund einer Flasche Weinbrand  
 Gehalt und Wohlgeschmack verleihen.

Wählen Sie die anerkannten Qualitätsmarken

**Alte Reserve**  
Der gute Hausgeist

**Senior**  
Das Entzücken der Kenner

**Wintelhausen**







## Gräfin Desfours Ein Sittengemälde aus dem alten Oesterreich

Sie wurde mit einem empfindsamen Herzen geboren. In Vinz. Was dieses sagt.

Armes, elendkneines Elternhaus. Sie hatte noch zwei Schwestern. Und eine teufende Mutter, einen ewig besoffenen Vater, der „Bankausseher“ war, ein kleiner Beamter bei der „Finanz“ Kasse hieß sie. So ein Name, von dem ein Esterhazy einmal im Kasino der Windischgrätzdragoonen gesagt hat, daß solche bürgerliche Namen einander gleichen wie ein „Kostnadel“ dem anderen.

Alle drei Köpfe-Mädels sind Prostituierte geworden. Eine Webekind-Familie vor 120 Jahren im geruchlosen Vinz, was beweist, daß auf der Welt immer schon alles dagewesen ist. Es ist die alte und ewig neue Geschichte. Erste Liebe. Verführt und verlassen. Die Schande offen vor der ganzen Stadt. Der Kosporigeroman wird lebendiges Schicksal. Hinunter, immer mehr hinunter. Nach einem Jahr bekannt in allen Deutnantsbuden und Ruffstücken.

Da war ein hoffterter Rittmeister, Graf Josef Desfours-Walde- rade. Ein Lump, das Sorgenkind seiner Familie. Frühzeitig bereits paralytisch. Den fing sich die Johanna Köpfe einmal und brachte den Karren dazu, sich mit ihr regelrecht trauen zu lassen. Damit war der Grund zu ihrem merkwürdigen Schicksal gelegt. Sie war nun Gräfin, erlauchte Dame — und mochte sie hundertmal etwas anderes sein.

Ein Jahr nach dem unglücklichen Kriege von 1800 zogen Frau Gräfin nach Wien auf den Kiepersteig (heute Teinialstraße in der inneren Stadt), nahmen eine luxuriös eingerichtete Wohnung, gingen nur zu den Messen, wo sich die vornehme Welt traf und hatten im Ru einen gutbesetzten Salon.

1811 war ein Graf Starbemberg durch sie bereits vollkommen ruiniert — und ein umfangreicher Akt über sie lag bei der Polizeihofstelle. Friedrich von Senz, ein alter Wüstling, war ihr Liebhaber; er teilte seine Geliebte mit zwanzig anderen Männern, das störte ihn durchaus nicht, im Gegenteil. Die entzückende Frau ihrer Zeit hat er sie in seinen Briefen genannt.

In dieser Zeit legten bereits wütende Angriffe gereizter Gattinnen gegen sie ein und viele Damen der Gesellschaft brachten Himmel und Hölle in Bewegung, um sie per Schand aus Wien wegzubringen. Nach Prag — in ein Kloster. Aber daraus wurde nichts, denn Senz liebte wie ein Rasender durch die Polizeikonzele.

Ihre große Zeit fiel in den Wiener Kongreß. Sie heimste damals scheffelweise Geld ein und sie erlangte auch für die Polizei eine gewisse Wichtigkeit, denn sie hielt es mit den fremden Diplomaten. Was für eine politische Nachrichtenquelle! Schon am 10. Mai 1813 stand in einem Polizeibericht: „Prinz de Sigmone soll ihr den Grafen Karbonne zugeführt und letzterer viel Vergnügen an ihr gefunden haben. Es wäre wünschenswert, die Gräfin zu konfiszieren, ob sie sich etwa bestimmen lassen möchte, in diesem Verhältnis zu Karbonne geheime Dienste zu leisten.“

Es gelang schließlich einigen hochadligen Damen, die Zuweisung der lockeren Gräfin durchzusetzen. Sie mußte nach Vinz, ihrer Heimat, von wo sie jedoch bald wiederkehrte — ihre Freunde waren zu mächtig.

In Wien hatte sie gleichzeitig ein Verhältnis mit dem Grafen Karbonne und dem Baron Mengon, dem Obersten der Schwarzenbergallianz. So kam deshalb zu einem Rencontre der beiden im Paradeisgarten, wo der Oberst den französischen Diplomaten forderte, weiß dieser laut eine verächtliche Bemerkung über die Gräfin gemacht hatte. Darauf bestimmte der Fürst Schwarzenberg auf persönlichen Befehl des Kaisers den Obersten zum Rapport. Unter vielen Schimpfworten teilte der Feldmarschall dem Obersten schließlich den Ausspruch des Monarchen mit, der gesagt hatte: „Wegen anner Hur derlenz ihnen nel schlagen!“

Der Rausch des Wiener Kongresses ging vorüber. Die Grafen Rako und Gnyulay blühten auf der Straße, sie hatten sich für die Gräfin ruiniert. Aber nichts von dem Geld war in ihren Händen geblieben. Sie stand plötzlich vor einer traurigen finanziellen Situation und sie versuchte ihre Finanzen durch einen primitiven Betrug zu heben.

Für den Ball im Haus eines geheimen Rates — viele vornehme Häuser luden sie trotz aller Skandale immer wieder ein — hatte sie sich von ihrem Juwelier eine prachtvolle Perlenkette ge-

liefert. Im Witternacht verließ die Frau Gräfin den Ball. Als aber ihr Wagen vorfuhr, trawallierte es laut und wild auf der Gasse. Die Wächter kamen gelaufen und fanden Erlaucht auf den Stufen liegen, aus einer leichten Wunde blutend. Ihre kostbare Perlenkette, die dem Juwelier gehörte, war verschwunden — geraubt.

Aber die Untersuchung brachte alles an den Tag. Man kam darauf, daß der Raub von der Gräfin inszeniert war. Sie mußte ins Arminal. Aber ihre Polizeiakten verschwanden eines Tages spurlos. Die Strafe blieb aus — ihre Liebhaber hatten alles zum Besten geordnet.

Nun wurde Frau Gräfin etwas vorsichtiger. Sie mußte zwar noch einmal Wien gezwungen verlassen, konnte aber immer wieder zurückkehren. Sie trat nun vom Hochadel zur Hochfinanz über. Der berühmte Banquier Geymüller, ein Ardius, hielt sie aus. Es war derselbe Geymüller, in dessen Salon Grillparzer seine Fröhlichkeit kennen lernte.

Frau Gräfin kaufte sich für das Geymüllersche Geld den Komiker Ignaz Schuster, den Rivalen Rainunds, denn er war ein hübscher Junge und sie schon in den Jahren, in denen man auch etwas für das Herz braucht. So lenkte sich ihr Leben immer mehr in ruhiger Bahnen und nach dem Jahre 1822 kam ihr Name nie mehr in den Polizeiakten vor. Die zahlreichen Memoirenschreiber jener Tage reden in dunklen Worten über diese Zeit, da sich ihr tosendes Blut zusehends beruhigt hatte und deuten sogar die erbauliche Geschichte an, auf die der alte Satz zutrifft: „Aus jungen Huren werden alte Beschweimern.“ Andere wieder behaupten, daß sie alt, unfürmlich did und aller Reize beraubt eine Kupplerin geworden sei.

Wunderlicherweise trifft beides zu. Tatsächlich wurde sie fromm und um das Jahr 1830 herum Vorsteherin des — Buhhauses der Redemptoristinnen. Die Redemptoristinnen waren von der Kongregation der Sigurianer, einer verkäpften Fortsetzung des Jesuitenordens, abhängig, die im Oesterreich Welterntsch eine außerordentlich große Rolle spielte, und um das Seelenheil besonders des „unteren Volkes“ bemüht war.

Das Buhhaus der Redemptoristinnen diente ähnlichen Zwecken wie das heutige Louisenheim. Frauen und Mädchen jeder Altersstufe wurden, wenn sie einen Lebenswandel führten, den die Polizei als sittlich anstößig betrachtete, dorthin gebracht, um gebessert zu werden. Zur Tätigkeit der Besserung gefesselter Mädchen war also die Gräfin Desfours als Vorsteherin auserkoren.

Die hochwürdigen Väter hießen fleißig Erhorten, Predigten und Andachten in diesem Buhhaus. Erhorten, die etwas leiser gewesen sein mußten, denn die Nachbarschaft sah oft im Garten des Buhhauses hübsige Geistliche hinter halbnackten Mädchen herjagen. Immer öfter vernahm man das Geschrei gepökelter Jöglinge und bald wußte es die ganze Wieden, daß das Buhhaus nichts anderes war als ein Bordell der hochwürdigen Väter Sigurianer. Ja, es ist so weit gekommen, daß Mädchen mit Gewalt von den Priestern dorthin verschleppt und jahrelang festgehalten wurden. Das Amt einer Vorsteherin in einem solchen Buhhaus war für die Gräfin Desfours geradezu geschaffen.

Schließlich nahmen sich einige angesehenere Bürger, die in der Nähe des Buhhauses wohnten, den Mut und machten beim 1. u. 1. Polizeikommissar der Wieden, Belachs, Anzeige von dem Treiben der Priester und der Gräfin. Sie kamen aber schlecht an. Es schloß nur noch, daß sie der Kommissär zur Ballonnade wegen einer solchen Anzeige verurteilt. Seine Bestrennen nahmen die Anzeige einfach nicht zur Kenntnis. Alles in allem klingt diese unglaubliche Wirklichkeit wie ein erbliches Phantasiestück aus einem allerletzten Schmierroman.

In diesem Wüsten vollendete sich das Leben der Gräfin Desfours. Wann und wie sie gestorben ist, weiß man nicht. Als aber im Jahre 1848 die Revolution ausbrach, wollte das Volk das Buhhaus stürzen. Die Nationalgarde verhinderte es, durchsuchte aber am nächsten Tage, dem 7. April 1848, das Haus, in dem sie noch fünf hübsche Mädchen vorfand. Die Sigurianer waren in der pergangenen Nacht mit den übrigen Insassen ihres Bordells vertrieben abgereift. Sie sind nie wieder nach Oesterreich gekommen. Eck von Reischach.

so gut wie tot. Um sieben war er auf dem Wege zur Genesung, aber da sah es sehr schwarz aus für die Heidin. Um acht Uhr posterte das Mädchen herein, um reinzumachen. Hartmann hatte keine Ahnung von Raum und Zeit mehr, er war viel zu tief in den Roman versunken, seine roten, brennenden Augen rutschten über die Zeilen, hin und her, hin und her. Als sich das Mädchen bemerkbar machte, stieß Hartmann einen Schrei des Entsetzens aus. Aber er war nichts gegen das Gebrüll des Mädchens.

Um elf Uhr vormittags kam der Kervenarzt, freundlich und herzlich und taktvoll. Aber als er gleich darauf die Treppe hinunterlief, fluchte und schimpfte er so, daß es nach Schwefel roch.

Um zwölf Uhr mittags war Hartmann mit dem zweiten Band fertig. Dann sah er ein kräftiges Frühstück und schief am Tisch ein, das Gesicht in der Saitte mit dicker Milch, und mochte um drei Uhr nachmittags auf, mit einem starken Schnupfen, aber sonst gestärkt an Leib und Seele. Und er fuhr mit dem dritten Band fort, den er dann um ein Uhr nachts verschlungen hatte, wonach er unmittelbar über den vierten Teil herfiel, auf dessen siebenundsechzigster Seite — Naturbeschreibung — er in einen bitter notwendigen, schweren Schlaf versiel, in dem er bis Montag morgens um neun erwachte. Dann rief er im Geheiß an und entschuldigte sich wegen Krankheit.

Am Montagabend um zehn kam er unglaublich matt, aber ziemlich normal und quetschhergnüt zu Frau Hartmann hinein und drückte ihr einen Kuß auf die Stirn — er war mit dem fünften und letzten Band fertig.

Aber Frau Hartmann sah da, die Daumen in die Ohren gepreßt und die übrigen Finger in ihrem schönen Wuschelhaar und winkte Herrn Hartmann ungeduldig mit beiden Fäßen ab — sie war schon beim zweiten Band. Sie brauchte vier Tage und vier Nächte, fast ohne Pausen, für alle fünf Bände und außerdem ein halbes Jahr im Sanatorium. Das Mädchen hielt nur zwei Tage und drei Nächte dabei aus. Aber sie las sehr oberflächlich. Im übrigen wurde sie mitten im dritten Band entlassen.

Seitdem ist sie nur ein halber Mensch, ihr fehlt der Schluß des Romans. (Aus dem Schwedischen von A. Koenig und S. Treitel.)

## Erkältung und Abhärtung

Eigentlich sollte man die Frage der Abhärtung im Spätfrühling erörtern und zu dieser Jahreszeit mit den dazugehörigen Prozeduren anfangen. Aber erst wenn dem Menschen das Weser an der Kehle sitzt, beginnt er sich zu sorgen. So auch hier, wenn ihm die Erkältung — symbolisch und tatsächlich zugleich — in der Kehle sitzt. Sobald die Lage rauher werden, kommen die ersten Schnupfen-, Nachen-, Kehlkopf- und Brustdrüsenkatarrhe. Dann erst erwacht das allgemeine Interesse für die Abhärtung, und die Erwachsenen wünschen Rat für sich und die Kinder, wie sie sich vor den drohenden Erkältungen der Uebergangszeit schützen können.

So manche Mutter glaubt, den richtigen Weg zu gehen, wenn sie ihr Kind mit möglichst kaltem Wasser abhärtet beginnt. Und doch ist gerade dies ein großer Fehler. Denn Abhärten heißt nicht, den Körper mit Kältereizen überzumpeln, sondern ihn allmählich daran gewöhnen. Wenn das noch nicht abgehärtete Kind plötzlich aus heiler Haut mit Kaltwasserprozeduren gepöckelt wird, dann kann es leicht passieren, daß die starke Abkühlung zu einer schweren Erkältungskrankheit führt. Zum mindesten aber wird das Allgemeinbefinden des Kindes unter diesen ungewohnten Kältereizen leiden, es wird blau und nervös werden. Wenn die Mutter in dieser Jahreszeit ihr Kind noch abhärten will, so muß sie zunächst die Temperatur des Wassermessers allmählich bis auf 20 Grad herabmindern. Weiter herunterzugehen ist bei Kindern unter vier Jahren meist nicht empfehlenswert. Ältere Kinder können bei langsamem Vorgehen im allgemeinen auch niedrigere Temperaturen ohne Schaden vertragen. Man kann übrigens die Abhärtung auch so beginnen, daß man dem Kind erst ein warmes Bad gibt und im Anschluß daran mäßig kühl duscht. Späterhin kann dann das warme Bad ganz fortbleiben. Im Anschluß an die Wasserprozeduren muß die Haut stets kräftig trocknet werden; zweckmäßigerweise folgen noch einige gymnastische Übungen, damit das Kind das behagliche Gefühl der Wärme bekommt.

Mit Rücksicht auf die rauhe Lufttemperatur wird man ganz kleine Kinder jetzt wohl kaum ins Freie bringen; höchstens an schönen windstillen Tagen läßt man dies in Frage. Dagegen kann man Kinder über ein Jahr schon eher bei feuchthalter Witterung mit hinausnehmen. — Des Abends vor dem Zubettgehen mögen die Kinder, die schon laufen können, in mäßig geheizten Zimmer nach herumspriegen oder nach einige gymnastische Übungen ausführen. Das Offenhalten der Fenster ist dabei für Abhärtungsanfänger selbstverständlich zu unterlassen. Ältere Kinder können ohne weiteres im ungeheizten Zimmer schlafen. Im ersten Säuglingsalter wird man wohl auch den Schlafraum etwas durchheizen müssen. Keinesfalls sind hochgetürmte Bettdecken zu verwenden; am günstigsten ist der Schlaf unter einer leichten Federdecke.

Selbst schwächliche Kinder lassen sich bei Befolgung dieser Regeln meist ohne unangenehme Begleiterscheinungen abhärten; d. h. die Haut lernt es, prompt durch Zusammenziehung und Erweiterung der Blutgefäße auf die wechselnden Temperaturen zu reagieren. Der Organismus lehnt der Abkühlung seine natürlichen Abwehrkräfte wirksam entgegen. — Das Tempo und das Ausmaß der Abhärtungsprozeduren ist jedoch bei den einzelnen Kindern verschieden. Maßgebend ist die Reaktion der Haut und des ganzen Körpers. Sobald die Haut nach anfänglicher Blässe wieder rot wird, sobald das anfängliche Unbehagen schnell vorüber geht, kann die Mutter damit rechnen, daß sie auf dem richtigen Wege ist. Wenn aber die Haut blau und bläulich bleibt, wenn das Kind vor Frost zittert und sich unwohl fühlt, dann muß die Temperatur des Wassers und der Zimmerluft sogleich erhöht werden; und nur nach einer gewissen Wartezeit darf man wieder beginnen, diesmal noch vorsichtiger und noch langsamer, mit der Temperatur herabzugehen. Alle Gewaltmaßnahmen sind gerade bei der Abhärtung des Kindes von Uebel und müssen unbedingt unterbleiben, da sonst meist sehr geschadet als genügt wird. Dr. Mosbacher.

Die erste Glodengieserschule. Eine Schule, die die erste und einzige ihrer Art auf der ganzen Welt ist, wurde jetzt in dem westfälischen Kreisstädtchen Brixlan ins Leben gerufen. Es ist eine Schule für Glodengieser, die die Kunst des Glodengießens in Theorie und Praxis lehren wird, und zwar haben die ersten Autoritäten auf diesem Gebiete ihre Mitwirkung bei der Ausbildung der künftigen Glodengieser zugesichert.

## Dan Bergmann: Unterhaltungslektüre

Gustav Donnerstag hatte einen neuen, fünfbandigen Roman geschrieben.

Da betrat Hartmann eines Sonnabendabends eine Buchhandlung in der Absicht, den letzten Band der Detektivserie „Kaspar für den kleinen Mann“ für 25 Pfennige zu kaufen, um ein bißchen leichte Abendlektüre zu haben. Aber da stieß er mit seinem Freund Waldmann zusammen und genierte sich wegen seines bescheidenen Einkaufs. Und so kaufte er statt dessen Gustav Donnerstags neuen, dickleibigen, fünfbandigen Roman.

Der Roman kostete 20 Mark. Und war unglaublich schwer. Hartmann mußte sich ein Auto nehmen, um das schwere Paket nach Hause zu befördern und hätte sich beinahe verbrochen, bevor er leuchtend die acht halben Treppen bezwungen und seine Bücher wütend in sein Zimmer getragen hatte. Wütend auf Waldmann und noch wütender auf Gustav Donnerstag.

Anfangs wollte er das Paket überhaupt nicht ansehen. Aber er war nicht nachtragend, und als er sich verpuffet hatte, riß er, immer noch ein bißchen nervös, das Packpapier auf, schritt mit markierter Bangeweise ein paar Seiten des ersten Bandes auf und fing mit skeptischem Lächeln an zu lesen. Er kämpfte energisch dagegen an, fortgerissen zu werden, und grunzte: „Ach!“ und „Wah!“ und „Billig!“ Aber da flossen ihm die 20 Mark ein, und er logte leicht: „Teuer, teuer, viel zu teuer!“

Allmählich wich indessen sein skeptischer Gesichtsausdruck einem wohlwollenden Lächeln, und er stöhnte: „Nicht übel!“ und „Das Ding ist gut!“ Und schließlich versank das Lächeln in einem Ausdruck alles verschlingender Bier, und er verschlang Seite für Seite mit offenem Mund und hungrigen Augen und wurde wütend über die kleinen Unterbrechungen, die dadurch verursacht wurden, daß das Buch nicht vorher aufgeschnitten war.

Und als Frau Hartmann die Tür ein kleines bißchen öffnete und hineinschaltete: „Männer, die Raibhagen sind auf dem Tisch!“ brüllte er zurück: „Störz mich nicht, du schiff doch, daß ich beschäftigt bin!“ Und er sprang auf, schlug die Tür zu, brach seiner Frau das Herz und die Nase beinahe auch und klemmte einen Zipfel ihres Röschens in die Türspalte fest. Frau Hartmann riß sich los und entfernte sich, blöb vor Erregung.

Und Hartmann las weiter. Ein paar Stunden später war er zufällig einen Blick auf die Tür und bemerkte den Zipfel und glaubte, daß er noch zu seiner Frau gehörte.

„So — du spionierst!“ dachte Hartmann höhnisch. „Na, meinemogen! Wollen sehen, wer zuerst müde wird!“

Und er las weiter. Aber der Zipfel wurde nicht müde, Er reizte ihn unglaublich. Er konnte keine Gedanken nicht auf das Buch konzentrieren. Bis Mitternacht hielt er jedoch aus. Dann schlich er sich zur Tür, riß sie polternd auf und brüllte:

„Bist mach aber, daß du fortkommst! Du dummes Ding!“ Und er schämte sich sehr.

Frau Hartmann machte von dem unheimlichen Geräusch auf, erschrock, drehte den Schlüssel des Schlafzimmers um und beschloß unter Tränen, am nächsten Morgen einen Kervenarzt kommen zu lassen.

Hartmann las indessen weiter. Um ein Uhr hatte er 150 Seiten gelesen.

„Rein, jetzt muß ich doch zu Bett gehen!“ dachte er. „Ach, will doch noch sehen, wie dieses Abenteuer abläuft.“

Am Sonntagmorgen um drei hatte Hartmann den ersten Band ausgelesen. Aber gerade da schwebte der Held in wirklicher Lebensgefahr. Hartmann wollte ihn so schnell wie möglich retten und fing den zweiten Band an. Um sechs Uhr morgens war der Held



## Unser Kampf gegen Not und Elend.

**Die Volksspeisung, ein Zweig der Wohlfahrtspflege.**

Die Pflege und Unterstützung der Armen und Bedürftigen besteht die großen Städte, besonders auch die Stadt Berlin in hohem Maße. Von den 976 Mill. Mark Ausgaben der ordentlichen Verwaltung entfielen im Etat 1929 auf die öffentliche Wohlfahrt 268 Millionen Mark; rechnen wir die ebenfalls der Wohlfahrt dienenden Ausgaben für die Gesundheitspflege von 121 Millionen Mark hinzu, so kommen wir auf die respektable Summe von 389 Millionen Mark. Ein gutes Drittel des gesamten Ausgabeetats. Diese Leistungen der Stadt gegenüber ihren Armen und Hilfsbedürftigen werden von der Rechte zum großen Teil bekämpft, zum anderen wird ihnen nur widerwillig zugestimmt.

Bei den Beratungen des Haushalts 1929 richtete der Deutschnationale Herr v. Jeklin an den Haushaltsausschuß, insbesondere an die sozialdemokratische Fraktion die Mahnung, bei der Beratung dieses Kapitels ja rechte Sparsamkeit walten zu lassen. Man müsse sich fragen, ob nicht die Stadt Berlin in der Wohlfahrtspflege zu weit gehe. Im übrigen redete er der freiwilligen Beizügung auf diesem Gebiete das Wort. Nach den Berechnungen des Herrn von Jeklin haben sich die Ausgaben für den Wohlfahrtszweck in den letzten vier Jahren um 16 Proz. gesteigert, während sich die Bevölkerung nur um 7,5 Proz. vermehrt habe. Diese Zahlen beweisen nur, was Herr Jeklin natürlich nicht wahr haben will, daß die wirtschaftliche Lage für eine größere Zahl unserer Mitbürger schlechter geworden ist.

Ein Wort noch über den verstärkten Zug der Landbewohner in die Stadt, von dem Herr Jeklin gleichfalls sprach. Seine Parteifreunde, die Großgrundbesitzer, verabsäumen alles, was die Landarbeiter an das Land fesseln könnte. Die industrielle großstädtische Arbeiterschaft hat an sich kein Interesse, daß mehr Menschen nach den Städten kommen, als die Industrie aufnehmen kann. Oder

glaubt H. v. J. etwa, man könne die Freizügigkeit aufheben? Und die freiwillige Wohlfahrt? Nun haben wir nicht erst kürzlich von dem Zusammenbruch der Schöpfung der menschenfreundlichen Helene Wangel gelesen? Rein, die Meinung des Herrn von Jeklin, als ob jetzt geschähe, wird die Sozialdemokratie sich nie zu eigen machen. Wie groß die Not und das Elend ist, zeigt die Tatsache, daß die städtische Volksspeisung am letzten Sonntag, dem 1. August 1929:

**18 800 Portionen Essen an Bedürftige abgegeben hat,**

gegen 14 600 am gleichen Tage des Vorjahres. Im Jahre 1928, über das abschließende Angaben vorliegen, wurden in den städtischen Küchen

**3 791 913 Literportionen verabreicht.**

Dazu kommen 2 103 885 Literportionen in den Privatküchen, insgesamt also 5 895 798 Portionen. An der Spitze steht der Bezirk Wedding mit rund 925 000 Portionen, es folgen weiter Tiergarten (Roabit) mit 677 000 und Kreuzberg mit 631 000 Portionen. Der Bezirk Schöneberg war allerdings in der angenehmen Lage, mit nur 1701 Portionen auszukommen. An Kosten verursachten städtische Küchen 1 521 199 M., die privaten wendeten dafür 651 836 M. auf, zusammen also 2 173 035 M.

Die private Wohltätigkeit kann auf diesem Gebiete augenblicklich noch nicht entbehrt werden. Der städtische Einfluß nimmt aber dank dem Wirken der Sozialdemokratie immer mehr zu. Die Wähler werden am 17. November zu entscheiden haben, ob sie der sozialdemokratischen Fraktion mehr Macht im Ratshause geben wollen oder den Deutschnationalen um Herrn Jeklin, die am liebsten jede öffentliche Wohlfahrt abbauen möchten.

## Uns Wert!

**Eine glänzende Versammlung in Pankow.**

Der große Saal des Lindnerischen Konzerthauses war bis auf den letzten Platz gefüllt, als in der Kreismitgliederversammlung Pankow Genosse Boewenstein über die Sprengstoffattentate und das Hugenbergsche Volksbegehren sprach.

Die Bombenpolitik gewisser nationalstiller Rufen versucht die Republik zu unterminieren. Es sei bezweifelnd, daß die Leute, die zu diesen Attentaten gedungen werden, nicht mehr in der Stadtbevölkerung, sondern im Landvolk gesucht wurden. Ausgiebig behandelte Boewenstein den Young-Plan und die Arbeits- und Erwerbslosenfragen. Mehr wie je läme es heute darauf an, die Einmütigkeit der Partei zu beweisen, um trotz aller Einwürfe und Verleumdungen der Sozialdemokratie einen neuen Sieg zu erkämpfen.

Nach Berlefung der Resolution, die einstimmige Annahme fand, führte der Versammlungsleiter im Schlußwort aus, daß es jetzt gelte, alle Kraft auf den Kommunalwahlkampf zu konzentrieren. Mit einem Hoch auf die SPD. schloß die glänzende verlaufene Versammlung.

## Öffentliche und freie Wohlfahrtspflege.

Genossin Minna Lodenhagen nahm in einer Versammlung der Funktionäre der Arbeiterwohlfahrt Anlaß, ihre Amtsnachfolgerin als Sekretärin des Bezirksausschusses für Arbeiterwohlfahrt, Genossin Paula Kurtagh, den Berliner Genossen vorzustellen. Genossin Lodenhagen referierte dann über die Entwicklung des Wohlfahrtswesens in Berlin. Sie benutzte die Gelegenheit, einige Unklarheiten über die Richtlinien aus dem Jahre 1925 zur Vereinheitlichung des Wohlfahrtswesens richtigzustellen.

Eine endgültige Lösung für die Zusammenarbeit zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege sei bis jetzt noch nicht gefunden. Es müsse darauf geachtet werden, daß die Wohlfahrtskommissionen weiter als Bewilligungsorgane bestehen bleiben. Die Arbeiterwohlfahrt versucht durch Schulungskurse ein Heer von Helfern heranzubilden, das geeignet ist, sachlich einwandfreie Arbeit zu leisten. Die Bezirksversammlung hat das Recht, die Kommissionsmitglieder zu wählen. Die in gewählten Kommissionsmitglieder müssen das Bestreben haben, zu einer immer weiterentwickelnden fürsorgereichen Arbeit zu gelangen, um dadurch zu erreichen, daß die Grenzen zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege sich mehr und mehr verwischen. Die Ausführungen der Genossin Lodenhagen waren allgemein, das Verhältnis zwischen den Wohlfahrtsämtern und den Helfern der Arbeiterwohlfahrt in Zukunft zum Wohl der Fürsorgebedürftigen nach ersolgerverpflichtend zu gestalten. Aus den Kreisen der Helfer wurden in der Diskussion Bedenken gegen die Verwendung von Militäranwärtern in den Wohlfahrtsämtern geäußert.

## Einrichtung einer Krüppelfürsorgestelle in Weiskensee.

Das Bezirks-Wohlfahrts- und Jugendamt Weiskensee, dem die Durchführung und Überwachung der öffentlichen Krüppelfürsorge im Bezirk Weiskensee obliegt, hat stets versucht, die Krüppelfürsorge nach modernen Grundsätzen zu gestalten. Neben dem Ambulatorium der Krankenkassen hatte aber der Bezirk Weiskensee ein eigenes Institut bisher nicht. Die Fahrten zu den Behandlungsstellen im Zentrum der Stadt erforderten bei wöchentlich mehrmaliger Behandlung (nämlich orthopädisches Turnen, Massage usw.) einen für die Bevölkerung oft sehr hohen Aufwand an Zeit und Geld. Dazu trat noch die Gefahr, daß die körperlich behinderten Kinder auf dem Hin- und Rückwege bei dem heutigen Großstadtdröckel ausgeleert waren. Bei Schulkindern mußte außerdem mit einer erheblichen Schulverweigerung gerechnet werden. Dem Bezirks-Wohlfahrts- und Jugendamt ist es jetzt nach langen Bemühungen gelungen, eine eigene orthopädische Behandlungsstelle unter der Leitung eines Facharztes in Weiskensee einzurichten. Trotzdem besondere Mittel für diesen Zweck nicht zur Verfügung standen, ist es gelungen, dieses Werk durch vorzeitige Beschaffung der notwendigen Apparate und unter sparsamster Ausnutzung der vorhandenen Geldmittel zu vollenden.

Nähere Auskunft erteilt das Bezirks-Wohlfahrts- und Jugendamt Weiskensee — Kbt. Krüppelfürsorge —, Postbusstraße 17, Zimmer 37, während der Sprechstunden an jedem Werktag (außer Mittwoch) von 9—13 Uhr.

Städtische Volks- und Jugendmusikschule Berlin-Süd. Die Bezirksämter Kreuzberg, Neukölln und Treptow haben im Schulhaus der 1. Mädchenschule in Neukölln, Donaustr. 120/128 (nahe Hermannplatz), eine Volks- und Jugendmusikschule errichtet. Sprechstunden finden Dienstags von 17 bis 19 1/2 Uhr im Schulhause statt. Die städtische Volks- und Jugendmusikschule Berlin-Süd ist aus der städtischen Volks- und Jugendmusikschule Berlin-Neukölln hervorgegangen, die im September 1926 gegründet wurde. Ausgangspunkt sind grundsätzlich die musikalischen Bedürfnisse, die die Eintretenden zum Anschluß an die Schule bestimmen; Ziel ist die lebendige Anteilnahme an der gesamten volksmusikalischen Erneuerungsarbeit der Gegenwart. Weitere Auskunft gibt das Volksbildungsammt Treptow.

Sprechstunde für proletarische Feiertenden. Die Übungsstunde findet in dieser Woche nicht am Donnerstag, sondern erst am Freitag, dem 18. Oktober, 19 1/2 Uhr, statt.

## „Soll und Haben.“

**Aus der Geschichte des Berliner Handels und Gewerbes.**

Zum Halbjahrhundert-Jubiläum des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller, das in diesen Tagen gefeiert wird, veranstaltet das Märkische Museum eine Ausstellung von Erinnerungsstücken alter und angelegener Handelsfirmen. Unter dem Schlagwort „Soll und Haben“ wird hier eine reichhaltige Sammlung von Bildern und Schriftstücken geboten, die zum Teil aus dem Museum und aus Archiven, zum anderen Teil aus Familienbesitz zusammengetragen worden sind. Die ältesten Schriftstücke sind eine vom Markgrafen Ludwig im Jahre 1327 gegebene Bestätigung einer Schenkung der Kaufleute von Berlin und Gölzn zu einem Altar in der Petrikirche und ein im Jahre 1495 geschriebener Geschäftsbrief des Berliner Kaufmanns und Bürgermeisters Thomas Blantenfede als Begleitschreiben zu einer an den Herzog von Mecklenburg abgehenden Sendung von Wein, Tuch, Samt und Pelzwerk. Aus jüngerer Zeit sei erwähnt das im Jahre 1794 angelegte „Böse Schuldbuch“ des Großkaufmanns F. W. Schüpe mit den immer wiederkehrenden Bemerkungen: „Ist nichts zu hoffen“, „Hat falliert“ usw. Unter den Firmen, die Erinnerungsstücke beigezeichnet haben, sind z. B. Borfig, Kavené, Heine u. Blanters, Rudolph Herzog, Heinrich Jordan, R. Israel, W. Spindler, Siemens u. Halste, Julius Vinsich, L. Jung, Pagenhofer und viele andere. Auch Bankfirmen, wie Bleichröder und andere, sind vertreten. Ausgestellt sind auch Waren, z. B. Porzellane aus der Manufaktur von Wegely (1751) und aus der Manufaktur von Gohlowitz (1761—63), Tonwaren von March. Dagegen erfährt man aus d. Ausstellung wenig oder nichts über die Lage der Arbeitnehmer im Handel und Gewerbe früherer Zeiten. Die Ausstellung wird am 16. Oktober eröffnet und kann bis zum 15. November täglich (außer Sonnabends) 10 bis 15 Uhr besucht werden. Der Eintritt ist unentgeltlich.

## 25 500 Kinder besuchten Planschbad Wilhelmstrand

Das Planschbad Wilhelmstrand in Oberschöneweide, das vom Bezirksamt Treptow verwaltet wird, wurde in diesem Jahre von 25 500 Kindern besucht, während die Besucherzahl im vorigen Jahre 20 000 betrug. Die Besucherzahl wird sich voraussichtlich im nächsten Jahre noch erhöhen, wenn die Verbreiterung des Planschbades vorgenommen sein wird. Das Planschbad wird im nächsten Jahre, wie die Freibäder des Bezirks Treptow, in städtische Regie übergehen. Es ist nicht beabsichtigt, Erwachsenen das Baden im Planschbad zu gestatten, vielmehr ist dieses nur für Kinder zum Planschen bestimmt. Kinder wie Erwachsene, die baden oder schwimmen wollen, müssen auch im nächsten Jahre die benachbarten Bäder, Oberschöneweide, An der Buhlheide 242—244 oder Lichtenberg, Großkraftwerk, benutzen.

## Mieterschaft und Kommunalwahlen.

**Der Verband Berlin im Reichsbund Deutscher Mieter nahm in einer Mieterversammlung im Bürgeraal des Berliner Rathhauses zu den Kommunalwahlen Stellung.**

Bundesgeschäftsführer Grothaus erläuterte die Forderungen, die die deutsche Mieterschaft an die Gesetzgebung stellt. Für die Mieterschaft ist besonders wichtig die Schaffung eines sozialen Miet- und Wohnrechtes. Der Redner ging dann auf die Reichstagsverhandlungen vom Februar 1928 ein. Gerade diese Verhandlungen hatten mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß nur die Antiparteien als mieterfreundlich angesehen werden können. Die Kommunalwahlen haben nicht nur eine große kommunale, sondern auch staatspolitische Bedeutung. Gerade die Kommunen erhalten von den Reichsbehörden Aufgabengebiete zugewiesen, die den Mieter stark interessieren. Deswegen ist die Parole des Reichsbundes an seine Mitglieder: „Wählt keine mieterfeindlichen Parteien“. Der Redner forderte von den Gemeinden, daß sie mehr als bisher Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege betreiben und zur Befreiung der Wohnungsnot den Wohnungsneubau unterstützen. Wie weit die kommunistische Partei als mieterfreundlich angesehen werden kann, bewies sofort als erster Diskussionsredner der kommunistische Reichstagsabgeordnete Obersdorfer, der sich um die Interessen der Mieter überhaupt nicht kümmerte, sondern nur wüste Beschimpfungen gegen die Sozialdemokratie vorbrachte. Stadtverordneter Tempert wies im Auftrage der Sozialdemokratischen Partei den Kommunisten nach, daß sie zwar ständig Forderungen für den Wohnungsneubau stellen, daß sie selbst aber in den Ausschüssen gegen Bauvorhaben der gemeinnützigen Gesellschaften gestimmt haben. Die Kommunisten haben es zwar fertig gebracht, gegen die Hauszinssteuer zu stimmen, aber Beschläge, wie der Wohnungsbau finanziert werden soll, haben sie nicht gebracht. Wie wichtig die Hauszinssteuer für die Stadt Berlin sind, erhält schon die Tatsache, daß in den letzten Jahren über 140 000 Wohnungen für 600 000 Menschen aus diesen Mitteln gebaut werden konnten. Der Redner der Sozialdemokratie fand mit seinen Ausführungen den stärksten Beifall.

## Neue Verjuche mit beleuchteten Straßenschildern.

Nachdem im vergangenen Jahr am Kolonnen-Damm an einigen Querstraßen leuchtende Straßenschilder angebracht wurden, die jedoch bald wieder entfernt wurden, wird jetzt ein neuer Versuch in größerem Umfange durchgeführt. Die Straßenschilder sind jetzt an den Gehäusen im rechten Winkel zur Hausfront angebracht und zeigen in schwarzen Buchstaben auf weißem Transparent den Namen der Straße und die Hausnummern.

# 1879 · JUBILÄUMS · MARKE · 1929

In allen Preislagen unübertrefflich!

### Jubiläums-Märke

Sumatra-Spezialmarke Mittlere Formate  
 AURORAS . . . . . 10 1/2 cm 15 Pf.  
 APARTOS . . . . . 11 1/4 cm 20 Pf.  
 GRACIAS . . . . . 10 1/2 cm 25 Pf.  
 HERALDOS . . . . . 11 cm 30 Pf.  
 IN KISTEN zu 50 STÜCK

5% Rabatt bei Bestellung von Originalkisten von 500 Stück an 6% Rabatt  
 Jubiläums-Katalog kostenlos/ret

### Jubeljahr

Sumatra-Spezialmarke Große Formate  
 EXITOS . . . . . 11 1/2 cm 15 Pf.  
 ELITES . . . . . 11 1/4 cm 20 Pf.  
 FESTIVOS . . . . . 12 cm 25 Pf.  
 BANQUETES . . . . . 11 1/4 cm 30 Pf.  
 IN KISTEN zu 50 STÜCK

Portofreie Zusendung innerhalb Deutschlands von M 20.— an  
 Jubiläums-Katalog kostenlos/ret

# OTTO BOENICKE

Haus am Zoo · Königstr. 49 · Kochstr. 59 · Bayerischer Platz 9 · Schloßstr. 96, Steglitz

Eibelfeld, Alter Markt 2 — Königsberg L. Pr., Kniph, Langgasse 3 — Leipzig, Tomasgasse 2